

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

In England durch Williams & Morgate in London, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden. Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Belzig. Die Zeitung erscheint täglich. In bezug durch alle Postämter des In- und Auslandes; in Frankreich durch G. N. Alexandre in Strassburg, und bei denselben in Paris, Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth;

Ueberblick.

Deutschland. Frankfurt a. M. Der Reichsverweser. — Die Concessionen an die Weidenbuschpartei. — Hr. v. Schmerling. — Die Waffenstillstandsfrage. — Die Abgg. v. Hermann, Buttke und Genossen. — Verwahrungen. — Die österreichischen Abgeordneten. * Dresden. I. Kammer, die Wahl Erbe's. Die Forterhebung der Steuern. Bericht des Wahlausschusses. Vertrauliche Sitzung. ++ Dresden. II. Kammer, Antrag des Abg. Berthold. Die bürgerlichen Ehrenrechte. — Wahl eines Nationalvertreters in Bittau. München. Sammlung für den Papst König Ludwig. Weitere Vertagung des Landtags. Freiburg. Der Proceß Struve-Blind. Kassel. Die Stände. Z. Gotha. Der Herzog. Die Abgeordneten. Braunschweig. Deputation nach Berlin. Schwerin. Die Stände. Lübeck. Militair zum Schutze der Küste. Hamburg. Die constituirende Versammlung. * Hamburg. Der Waffenstillstand. Preußen. Berlin. Ministerkrisis. Die Kaiserfrage. Die Stadtverordneten. Berlin. II. Kammer. — Die Kaiserwahl. Wahl in die Commissionen. Die neue Justizorganisation. Justizrath Lessing. Aus Siebenbürgen. Diner. — Der Staatshaushalt für 1849. * Köln. Die Deputation des Reichstags. Die Münzstätte in Düsseldorf. — Nachrichten von der russischen Grenze. * Oesterreich. Wien. Die Russen in Siebenbürgen. Görgey. Hr. v. Schwarzer. Gafner. Die Börse. Nachrichten aus Ungarn. — Sammlungen für Hermannstadt. — Kollar. Olmütz. Prinzessin Wassa. Fürst Schwarzenberg. Die Russen in Galizien. Dem. Dembinski. — Die Slowanska Lipa in Prag. — Aus Ungarn. Pesth. Die Malcontenten. Schweiz. Die Ausleitung des Rheins in den Bodensee. Italien. Götzen. Bulletin. Waffenstillstand mit Piemont. — Gerüchte.

Leipzig, 1. April. Aus Frankfurt a. M. wird heute amtlich über die Erklärung des Reichsverwesers wegen seines Rücktritts berichtet. Außerdem beginnen die Verwahrungen der Mitglieder der Nationalversammlung wegen der mandatslos erfolgten Wahl eines Oberhauptes für Deutschland. Ueber die Reise der nach Berlin unterwegs befindlichen Deputation der Nationalversammlung wird von Köln berichtet. Aus den bisherigen Mittheilungen von Berlin ist so viel abzunehmen, daß die ruhige und staatsmännische Erwägung des zu gewärtigenden Anerbietens vorwiegt und keine einseitige Entschliesung erfolgen wird. Die Gerüchte von Aenderungen im preussischen Ministerium erhalten sich, und mit einer Modification desselben könnte allerdings auch die Lösung der schwebenden Fragen eine andere als die jetzt erwartete werden. Was die schleswig-holsteinischen Kriegshändel betrifft, wird die Verlängerung der Waffenruhe bis 15. April berichtet. Die mitgetheilte dänische Proclamation an die verblendeten schleswigschen Krieger ist eine wahre Curiosität für unsere Zeit. In der kurhessischen Kammer hat, im Widerspruch mit der von dort jüngst kundgegebenen Stimmung, die Oberhauptwahl doch nicht einstimmige Billigung gefunden. Die gestrigen Verhandlungen der sächsischen Kammern haben nur locales Interesse. In Freiburg ist nun der Proceß gegen Struve und Blind vor den Assisen bis zur Anhörung der Vertheidigung gebiehn. Allen Nachrichten aus Oesterreich voran ist die von Bewilligung des Waffenstillstandes an Sardinien und die begonnenen Friedenspräliminarien zu stellen. Aus Ungarn sind wir auch heute meist auf Gerüchte beschränkt. In Prag scheint die Slowanska Lipa ihre Auflösung provociren zu wollen. Nach dem Bekanntwerden des Abschlusses einer Waffenruhe mit Sardinien wird die französische Regierung wol um so mehr auf ihrer Ansicht, daß eine Intervention in Oberitalien durch nichts gerechtfertigt werde, beharren, da sich nirgend lebhaftere Sympathien in dieser Beziehung zeigen. Die englische Presse hofft ebenfalls von den Erfolgen der österreichischen Waffen und dem Benehmen der französischen Regierung die Erhaltung des europäischen Friedens.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 30. März. (Amtlich.) Der Präsident der verfassungsgebenden Reichsversammlung hat derselben in der gestrigen 197. Sitzung folgende Eröffnung gemacht: Meine Herren! Ich bin durch E. kaiserl. Hoh. den Erzherzog-Reichsverweser, dessen diesfall-

fige Weisung mir aber durch Vermittelung des interimistischen Präsidenten des Reichsministerraths zugekommen ist, angewiesen, Ihnen folgende Mittheilung zu machen. Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser hatte auf den gestrigen Nachmittag 6 1/2 Uhr den Präsidenten und das Bureau der Reichsversammlung sowie den interimistischen Präsidenten des Reichsministerraths und den interimistischen Reichsjustizminister zu sich beschieden. Se. kaiserl. Hoh. erklärte den in seinem Zimmer versammelten Männern — es waren nach der Anordnung des Hrn. Erzherzog-Reichsverwesers der interimistische Präsident des Reichsministerraths, der interimistische Reichsjustizminister, der Präsident der Nationalversammlung, der zweite Vicepräsident derselben und ihr erster Schriftführer — wörtlich: „Ich finde mich bestimmt, unter den obwaltenden Verhältnissen die Würde eines Reichsverwesers zurückzulegen; ich ersuche Sie, Hr. Präsident, diesen meinen Entschluß der Nationalversammlung anzukündigen.“ Der Präsident der verfassungsgebenden Reichsversammlung erlaubte sich, gegen diesen von Sr. kaiserl. Hoh. kundgegebenen Entschluß eine ehrerbietige Gegenvorstellung zu machen, welche mit Hinweisung auf die gegenwärtige so gefährliche Lage des Vaterlandes und die Bestimmungen des von Sr. kaiserl. Hoh. angenommenen Gesetzes vom 28. Jun. v. J. die dringende Bitte an den Hrn. Erzherzog-Reichsverweser enthielt, den eben gegen die Versammelten kundgegebenen Entschluß zurücknehmen zu wollen. Se. kaiserl. Hoh. ließ dieser Gegenvorstellung ein günstiges Ohr und ordnete an, daß die Anwesenden sich zurückziehen und nach einer Stunde seinen fernern Bescheid entgegennehmen sollten. Nach Ablauf dieser Stunde erhielt der interimistische Präsident des Reichsministerraths folgende Zuschrift von Sr. kaiserl. Hohheit:

„Lieber Fehr. v. Gagern! In der seit unserm Zusammentritt abgelaufenen Stunde bin ich mit mir über den besprochenen Gegenstand zu Rathe gegangen und finde, nicht von meinem, auf reife Ueberlegung gegründeten Entschluß abzugehen. Indem ich in der Anlage Ihnen das ausgenommene Protokoll übersende, ersuche ich Sie, das weiter Nöthige in der Art zu veranlassen, daß ich, sobald es ohne Nachtheil für die öffentliche Ruhe und Wohlfahrt Deutschlands irgend geschehen kann, mich als der Pflichten meines Amtes enthoben betrachten könne. Frankfurt a. M., den 28. März 1849. (Geg.) Erzherzog Johann.“

Mit dieser Bekanntmachung wird die weitere Anzeige verbunden, daß der Erzherzog-Reichsverweser die demaligen interimistischen Minister beauftragt habe, die Geschäfte mit voller Amtsgewalt und Verantwortlichkeit bis auf weiteres interimistisch fortzuführen. Frankfurt, 30. März 1849.

Das Frankfurter Journal macht aus Frankfurt a. M. vom 29. März folgende bemerkenswerthe Mittheilung: In Folge der gestrigen Entscheidung erscheint eine der Bedingungen von der größten Bedeutung, welche diejenigen Personen, die durch ihren Zutritt den Ausschlag gegeben, der Weidenbusch-Partei als die Grundlage ihrer Zustimmung aufgestellt und von letzterer erfüllt erhalten haben. Jene Abgeordneten wollten vor Allem verhindern, daß über die deutsche Kaiserkrone mit der Krone Preußen ein Verhandeln eintreten möge, durch welches die festgestellte deutsche Verfassung oder doch wesentliche Institutionen derselben wieder in Frage gestellt würden. Sie nehmen an, daß unter den gegenwärtigen preussischen Verhältnissen mehrfache rein demokratische Bestimmungen möglicherweise als nicht convenient erscheinen und deshalb deren Abänderung als die Bedingung der Annahme der deutschen Kaiserkrone aufgestellt werden könnte. Deshalb verlangten sie vor Allem zu wissen, ob sie in dieser Vorfrage mit einer größeren Zahl von Mitgliedern der Weidenbuschpartei übereinstimmten, und wünschten daher die von einer bedeutenden Anzahl derselben auszustellende Erklärung, daß diese zu Abänderungen der deutschen Verfassung auf etwaniges Verlangen der Krone Preußen ihre Zustimmung nicht geben würden. Diese Erklärung ist nun von etwa 80 Mitgliedern der Weidenbuschpartei unter dem 26. März wörtlich in folgender Art abgegeben worden: „Zur Beseitigung möglicher Zweifel erklären die unterzeichneten Mitglieder der Nationalversammlung, daß sie die Verfassung, wie solche von der Nationalversammlung beschlossen worden ist, für dergestalt endgültig erkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen derselben oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse,

von welcher Seite dieselben etwa auch verlangt werden sollten, nicht stimmen werden." Unter den Namen, welche diese, in den Händen des Abg. P. Simon befindliche Erklärung unterzeichnet haben, finden sich von dem interimistischen Ministerium die des interimistischen Ministerpräsidenten v. Gagern und die von H. Mohl und Mathy, sowie die der Abgg. Welcker, Meh, Zell, Kierulff, Stahl, v. Keden, Grumbrecht, Freudentheil, Wiedermann, Falk, Hollandt, Pette, Fuchs, Mittermaier, Höfken, Jordan von Berlin, Soiron, Graf Solz u. A.

Dem Vernehmen nach hat Hr. Scherling die von ihm nachgesuchte Entlassung als österreichischer Bevollmächtigter erhalten. An seine Stelle soll Graf Rechberg ernannt sein.

Einer Angabe der Oberpostamts-Zeitung vom 30. März zufolge war bis zu diesem Tage dem Reichsministerium von einer Verlängerung der Waffenruhe offizielle Kunde noch nicht zugegangen.

Die bekannte, kein Mittel der Verdächtigung verschmähende Artikel eines Theiles der frankfurter Presse spricht sich in folgendem Artikel der sogenannten Deutschen Zeitung, gegen die vor kurzem der Abgeordnete v. Hermann die Bezeichnung „frecher Lüge“ gebrauchen mußte (Nr. 83), aus Frankfurt a. M. vom 29. März von neuem aus: Die Abgg. v. Hermann, Buttke und Genossen reden davon, einen Aufruf an das Volk vorzubereiten, um dasselbe zur Ausschreibung gegen die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung und gegen die getroffene Kaiserwahl anzustacheln. Besonders müsse man es sich dabei angelegen sein lassen, in solchem Sinne nach der Pfalz hin zu wirken, da dieselbe sich zur „Unterwerfung“ geneigt bewiesen habe. Das beste Mittel zur Erreichung des Zwecks würde sein, die Leute glauben zu machen, daß sie „preussisch“ werden sollten. Es handle sich jetzt nur noch darum, möglichst zahlreiche Unterschriften für den Aufruf zu gewinnen; das Weitere darüber gedenke man in einer Abendversammlung zu berathen und zu erfahren. Ueber des Abg. Buttke Thätigkeit wäre noch Manches zu bemerken. Für heute beschränken wir uns auf die offene Anfrage an die Abgg. v. Hermann und Buttke: ob dieselben die deutsche Verfassungsurkunde mit unterzeichnet haben?

Frankfurt a. M., 29. März. Die „Frankfurter Zeitung“ enthält folgende Verwahrung: In Erwägung, daß die Nationalversammlung von dem deutschen Volke das Mandat erhalten hat, eine Verfassung für ganz Deutschland herzustellen, der unterm Gestrich über das Reichsoberhaupt gefasste Beschluß aber Deutschland mit unheilvoller Spaltung bedroht; in Erwägung, daß das Mandat der Nationalversammlung nur auf die Verfassung selbst, nicht auf die Wahl einer Kaiserdynastie gerichtet ist; in Erwägung, daß der rasche Beschluß über das Reichsoberhaupt den eignen Beschluß der Nationalversammlung, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland mit der kaiserl. österreichischen Regierung zu unterhandeln, aufhebt; erklären die Unterzeichneten, daß sie sich nicht für befugt erachtet haben, an der heute vorgenommenen Wahl eines erblichen Kaisers von Deutschland Theil zu nehmen, und daß sie jede Verantwortung der Folgen jenes Beschlusses und dieser Wahl von sich abweisen. (Folgen 113 Unterschriften.)

Weitere Verwahrung. Die Unterzeichneten waren fortwährend eifrig bestrebt, der Schaffung einer erblichen Kaiserwürde sowie der Abtrennung der deutsch-österreichischen Provinzen von Deutschland entgegenzuwirken. Es war vorher zu sehen, daß bei der heute vollzogenen Kaiserwahl die meisten Stimmen der Reichsversammlung sich auf den jetzt regierenden König von Preußen vereinigen würden, welchem die Unterzeichneten ihre Stimme zu geben mit ihrem bisherigen Wirken unvereinbar fanden. Sie hatten daher nur die Wahl, entweder der Abstimmung sich zu enthalten oder im Verein mit andern Abgeordneten einen Gegencandidaten aufzustellen. Da letzteres das Wohl des Vaterlandes möglicherweise schwer gefährden konnte, war es das Gebot der Pflicht, den ersten Weg, den des Nichtwählens, einzuschlagen. Umbscheiden. Pfahler. Schott. Hagenmüller. Fallmerayer. Tafel aus Stuttgart. Strache. Kudlich. Frisch. Rosmähler. Spag. Siskra. Blumröder. Rheinwald. Karel. Jop. Schüler aus Jena. Rank. Niehl. Fejer. Rägele. Nagel aus Balingen. Vogt. Stockinger. Scharre. Lauk. Geigel.

In einer am 28. März abgehaltenen Versammlung der Oesterreicher wurde einstimmig beschlossen, gegen die Beschlüsse der 290 fortwährend zu protestiren und bis auf den letzten Mann hier auszuhalten. Ein Gleiches wird von allen übrigen Fractionen der Großdeutschen geschehen.

Wresden, 31. März. In der heutigen Sitzung der I. Kammer wird durch den Registrandenvortrag ein Antrag des Abg. Gpmann wegen unverzüglicher Einführung der Anklageschaft mit Deffentlichkeit und Mündlichkeit und Geschworenen bei dem Straf- und Civilproceß sowie baldige Organisation der Untergerichte bei der Kammer eingebracht, ebenso ein Antrag des Abg. Müller aus Taura, die gänzliche Ablehnung des neuen Jagdgesetzentwurfs betreffend, und ein Antrag des Abg. Jahn, anlangend die sofortige Berathung der Beschlüsse der II. Kammer bezüglich der Aufhebung der Leipziger Zeitung. Nach Beendigung des Vortrags der Registrande ergreift Staatsminister Dr. Weinlig das Wort, um auf die Interpellation des Abg. Heubner wegen Cassation der Wahl des Adv. Erbe zum Reichstagsabgeordneten im 19. Bezirke zu antworten. Der Staatsminister sagt im Wesentlichen Dasselbe, was er schon in der II. Kammer auf eine ähnliche Interpel-

lation geantwortet hat (Nr. 91), und fügt Dem noch hinzu, daß die von dem Abg. Heubner angezogenen §§. 24 und 26 der Verordnung vom 10. April 1848 auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar seien, daß man bereits gegen die Richtigkeitserklärung der Wahl remonstrirt habe und daß die demnächst zu erwartenden anderweiten Berichte ergeben würden, ob der bei der Zusammenfassung des Wahlausschusses vorgekommene Formfehler ein insanabler sei oder nicht. Abg. Heubner findet sich durch die ministerielle Antwort nicht befriedigt und richtet deshalb an die Staatsregierung das anderweite Gesuch um Mittheilung der stattgefundenen formellen Mängel. Zugleich behauptet er dem Ministerium gegenüber den Rechtsfall, daß die Legalität der Wahl so lange hätte vermuthet werden müssen, so lange nicht aus den Acten das Gegentheil zu erweisen gewesen wäre. Demgemäß stellt er folgenden Antrag: „Die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, von der fernern formellen Beanstandung der Wahl eines Nationalvertreters im 19. Bezirk abzusehen und demselben die erforderliche Legitimation zu erteilen.“ Bei diesem Antrage bleibt der genannte Abgeordnete auch dann noch stehen, als ihm von dem Minister eingehalten worden ist, daß die Legitimation immer nur, auch wenn die Beanstandung nicht erfolgt wäre, dem Stellvertreter Erbe's hätte eingehändigt werden können, da von Seiten des Letztern keine Erklärung über die Annahme der Wahl binnen der gesetzlichen Frist von drei Tagen erfolgt wäre.

Abg. Jahn fragt, ob die Regierung, nachdem die Verordnung vom 18. Dec. 1848 als verfassungswidrig erklärt worden sei, eine neue Verordnung wegen Forterhebung der Steuern auf Grund der Kammerbeschlüsse erlassen habe, und wenn nicht, wann es geschehen werde? Hierauf folgte der Bericht des Behrausschusses über eine Petition des Vaterlandsvereins zu Hagenest, in welcher vorgeschlagen wurde: 1) Alle Militär- und Civilstellen unter 500 Thlr. Gehalt nur provisorisch zu besetzen, bis ein neues Staatsdienergesetz erlassen wäre; 2) eine gemischte Deputation aus Offizieren und Unteroffizieren der Communalgarde und Armee zur Entwerfung einer vollstehmlichen Wehrverfassung niederzusetzen, ebenso 3) für denselben Zweck eine aus Mitgliedern beider Kammern bestehende Commission zu ernennen. Von dem Ausschuss wurde beantragt, Nr. 1 an den Finanzausschuss der II. Kammer zu verweisen; Nr. 2 für weitere Erörterung offen zu lassen und den Ausschuss zu ermächtigen, das nöthige Material dazu zu sammeln; Nr. 3 ganz abzulehnen. Man beschloß indes, von der sofortigen Berathung des Gegenstandes abzusehen; die Kammer verwandelte sich hierauf in ein Petitions- und Beschwerdecomitee, und es erstatteten die Abgg. Gautsch, Oberländer und Hirschold zum Theil sehr umfangliche Berichte über eine lange Reihe von Beschwerden und Petitionen, die fast alle als unstatthaft oder nicht hinreichend begründet für auf sich beruhend erachtet wurden. Nachdem die Wahl des Abg. Dörfling von der Kammer für unbeanstandet erklärt worden und sie rücksichtlich einiger Differenzpunkte über das Todtenschaugesetz ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der II. Kammer gegeben hatte, sollte die Berathung über den Antrag des Abg. Jahn erfolgen, die Ausschussberichte der Kammern wie früher in die Landtagsmittheilungen aufzunehmen. Man beseitigte dieselbe aber vor der Hand durch die Annahme des von dem Abg. Todt gestellten Antrags, nach welchem der Gegenstand an den Ausschuss für die Geschäftsvorbereitung verwiesen wurde. Bei dieser Gelegenheit bemerkte der zuletzt genannte Abgeordnete, daß mit Annahme des Jahn'schen Antrags der Staatskasse eine Mehrausgabe von 20,000 Thlr. erwachsen würde, daß die Abonnementzahl der Landtagsmittheilungen 3600 und die der Landtagsacten 1260 beträgt. Hierauf ging die Kammer zu einer geheimen Sitzung oder vielmehr vertraulichen Besprechung über. Das Resultat derselben wird sich, dem Vernehmen nach, in den allernächsten Beschlüssen der Kammern bemerkbar machen. Möglich, daß der Antrag auf ein Misstrauensvotum abermals auftaucht.

Wresden, 31. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer spricht nach dem Vortrage der Registrande Abg. Richter aus Partha den Wunsch aus, daß der betreffende Ausschuss die Berichterstattung über seinen Antrag auf Aufhebung des Vorrechts des Fiscus, die Wiedereinführung in den vorigen Stand betreffend, möglichst beschleunigen möge. Abg. Präfer entschuldigt den Ausschuss und gibt befriedigende Zusicherung. Sodann begründet Abg. Berthold folgenden Antrag: „1) Die Rekruten sind in den Garnisonsstädten, und zwar unter Anwendung des Beurlaubungssystems, ohne Belästigung der Einwohnerschaft, vollständig einzuzüben; 2) die Cantonementseinquartierungen sind demnach in Friedenszeiten auf das Maß der unumgänglichen Nothwendigkeit zurückzuführen; 3) die Raumerfordernisse für höhere Offiziere sind dabei angemessen zu kürzen; 4) zur Einquartierungslast sind alle Steuereinheiten, auch die auf Holzung, Hutung u. dgl. haftenden zuzuziehen, mit alleiniger Ausnahme der §. 3 des Gesetzes vom 11. Sept. 1843 aufgeführten Befreiungen; 5) solche Grundstücke der Forenser, welche von einem andern Orte aus bewirtschaftet werden, sind in diesem letztern bei allen Militairleistungen zur Mitleidenheit zu

ziehe
Ber
richt
Frei
Chr
gut
mer
hebt
rechte
ohne
und
gelt
Geme
kurs
rechte
schen
3) D
folgt
vom
Berlu
Gesän
Handl
a) ob
derselb
Rechte
Diejen
telbar
im Ur
10 Ja
währu
S
hervor
Kamm
das Fe
den sei
nehmen
den Ge
Positive
Entschei
Wieder
sei. Nr
hausstr
3 dies
in Weg
oder Ar
derer al
die Mo
„Der A
wegen
und
lediglich
ob eine
minimalstr
einen B
beantrag
pension
Bestimm
Reg
gierung
Bestimm
Klange st
dieses La
Vorlage
um Wied
vermehr
liegende
wünscht
habe die
gesetzlich
habe dab
sei auch
bezüglicher
wendung
worden.
blos den
dem gleich
Der Redn
nen Antr
durch das

ziehen; 6) ein Abzug zu Gunsten der mehr Begüterten findet ferner bei Berechnung der Militäreinheiten nicht statt."

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Verathung des Berichts des 4. Ausschusses (Referent Herz) über den Antrag des Abg. Frißsche auf Abänderung der über den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Das Ausschussgutachten geht dahin: „Die Kammer wolle im Vereine mit der I. Kammer bei der Staatsregierung beantragen, es möge dieselbe, unter Aufhebung der über den Verlust der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte zeitlich gültigen gesetzlichen Bestimmungen, der Volksvertretung ohne Verzug ein Gesetz vorlegen, in welchem das Verfahren bei Ab- und Zuerkennung dieser Ehrenrechte nach folgenden Grundsätzen geregelt ist: 1) öffentliche Unterstützung durch Almosen, Unvermögen, die Gemeinde- und Staatsabgaben zu entrichten, und unverschuldeter Concurs können den Verlust der Gemeinde- und staatsbürgerlichen Ehrenrechte nicht zur Folge haben. 2) Eben so wenig kann nach politischen Vergehen der Verlust dieser Ehrenrechte ausgesprochen werden. 3) Der Verlust der Gemeinde- und staatsbürgerlichen Ehrenrechte erfolgt in allen Fällen nur durch ausdrückliche Entscheidung, wie diese vom Gesetze bestimmt ist. Nur Zuchthausstrafe zieht unmittelbar den Verlust dieser Ehrenrechte nach sich. 4) In den Fällen, wo Personen Gefängnis- oder Arbeitshausstrafe erlitten oder sonst sich entehrender Handlungen schuldig gemacht haben, steht die Entscheidung darüber: a) ob diese Personen im Besitze der Ehrenrechte verbleiben, b) ob sie derselben, und auf wie lange, verlustig gehen, oder endlich c) diese Rechte wieder erlangen sollen, nur den betreffenden Gemeinden zu. 5) Diejenigen, welche Zuchthausstrafe erlitten haben und hierdurch unmittelbar dieser Ehrenrechte verlustig erklärt worden sind, können nach einer im Urtheil zugleich mit zu beratenden Frist (beziehentlich von 5 bis 10 Jahren) bei der Gemeinde, welcher sie angehören, um Wiedergewährung jener Rechte (Rehabilitation) nachsuchen.“

Secr. Frißsche hebt die Wichtigkeit dieses Antrags für das Volk hervor, dasselbe werde den wärmsten Antheil an den Beschlüssen der Kammer nehmen. Der Grundgedanke sei allerdings radical und räume das Feld auf, allein bei den Grundzügen, die zur Zeit aufgestellt worden seien, habe man doch Rücksicht auf das Rechtsbewusstsein im Volke nehmen müssen. Es sei nämlich bedenklich, mit einem Male die bestehenden Gesetze umzustossen, um so weniger, als man an deren Stelle etwas Positives nicht zu setzen habe. Jedenfalls müsse man dafür sein, daß die Entscheidung über den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder über die Wiedereinsetzung in den Besitz derselben den Gemeinden zu überlassen sei. Nur mit der Bestimmung im Ausschussantrage in Betreff der Zuchthausstrafe sei er nicht ganz einverstanden und beantrage: daß bei Punkt 3 dieses Antrags der letzte Satz und dem zufolge der ganze 5. Punkt in Wegfall gebracht und in Punkt 4 statt der Worte: „Gefängnis- oder Arbeitshausstrafe“ gesetzt werde: „eine Criminalstrafe wegen anderer als politischer Vergehen.“ Abg. Seltmann: Auch ihm hätten die Motive besser gefallen als die Anträge. Er schlage Folgendes vor: „Der Verlust der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte kann nur wegen erlittener Criminalstrafen eintreten; die Entscheidung darüber, und wie lange ein Staatsbürger diese Ehrenrechte verlieren solle, steht lediglich der betreffenden Gemeinde zu, dieselbe hat auch zu entscheiden, ob eine Wiedereinsetzung in den Besitz jener Rechte statthaft sei. Criminalstrafen, die wegen politischer Vergehen verhängt werden, ziehen nie einen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich.“ Abg. Hausstein beantragt einfach die Aufhebung der über den Verlust und die Suspension der staatsbürgerlichen Ehrenrechte bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Regierungscommissar Todt: Es sei ebenfalls die Ansicht der Regierung, daß die bis jetzt in Bezug auf jene Ehrenrechte bestehenden Bestimmungen nicht genug mit dem Princip der Humanität im Einklange ständen. Das Ministerium habe daher auch schon vor Beginn dieses Landtags hierüber Erwägungen gepflogen und beschlossen, eine Vorlage an die Kammer zu bringen. Die Gesuche in der neuern Zeit um Wiedereinsetzung in den Besitz jener Rechte hätten sich bedeutend vermehrt. Noch habe aber die Regierung die Grundsätze über die vorliegende Frage nicht vollständig festgesetzt, und es sei ihr daher erwünscht, die Ansichten der Kammer hierüber zu vernehmen. Inmitten habe die Regierung jedoch bei dieser Angelegenheit, so weit es irgend gesetzlich möglich gewesen, ein milderes Verfahren beobachtet. Man habe dabei auf alle möglichen Umstände Rücksicht genommen. Dann sei auch stets darauf gesehen worden, daß die Gemeinden sich über die bezüglichen Gesuche ausgesprochen hätten, und namentlich sei ohne Verwendung der Gemeinden ein derartiges Gesuch nie beifällig beschieden worden. Nur damit könne er sich nicht einverstanden erklären, daß bloß den Gemeinden die Entscheidung zu überlassen sei. Dadurch werde dem gleichsam wieder Verurtheilten jede weitere Instanz abgeschnitten. Der Redner beleuchtet hierauf das Ausschussgutachten und die einzelnen Anträge. Den Hausstein'schen Antrag findet er bedenklich, weil dadurch das Gesetz auf einmal über den Haufen geworfen würde, ohne

etwas Anderes an dessen Stelle treten zu lassen. Schließlich beantragt er, daß im Eingange des Ausschussantrags die Worte: „ohne Verzug“ mit den Worten: „mit möglichster Beschleunigung“ vertauscht würden, und ferner: daß die Regierung ermächtigt werde, immittelt bis zum Erscheinen eines neuen Gesetzes nach den oben angedeuteten Grundsätzen zu verfahren. Referent Herz verteidigt das Gutachten des Ausschusses. Abg. Kresschmar spricht sich im Sinne des Abg. Seltmann aus und hat einen ähnlichen Antrag wie dieser eingereicht, der jedoch nicht hinreichend unterstützt wird. Ein gleiches Schicksal begegnet dem Antrage des Abg. Klette auf eine Gesetzesvorlage, wonach Jeder die bürgerlichen Ehrenrechte besitze, welcher das gesetzliche Alter habe, nicht blöde oder wahnsinnig sei und sich nicht in Haft befinde. Abg. Schied will die Worte: „bürgerliche Ehrenrechte“ mit den Worten: „staatsbürgerliche Vollberechtigung“ vertauscht haben. Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte, nachdem Einige dagegen gesprochen und Regierungscommissar Todt erklärt, daß auch er noch weiter die Ansichten der Kammer über diese Angelegenheit zu hören gewünscht hätte, angenommen. Auf das Schlusswort des Referenten folgt die Abstimmung. Der Antrag Hausstein's wird mit 34 Stimmen abgelehnt, der Seltmann'sche gegen 27 Stimmen angenommen, wodurch sich der Ausschussantrag und der Frißsche'sche erledigen. Abg. Todt's Anträge werden ebenfalls angenommen, der Schied'sche Antrag wird abgelehnt.

— In **Zittau** (I. sächsischen Wahlbezirk) fand am 26. März die Wahl eines Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung statt; dieselbe fiel auf den Subrector Kammel in Zittau; zum Stellvertreter ward Bürgermeister Friedrich in Löbau gewählt.

München, 29. März. Der Erzbischof von München-Freising hat an den gesammten Clerus der Erzdiocese München die Weisung ergehen lassen, die traurige Lage des Papstes am Ostersonntage den Gläubigen darzustellen und sie zu milden Gaben für denselben aufzufordern. — Wie man versichert, wird König Ludwig nach Ostern den Königsbau der hiesigen Residenz verlassen und den Wittelsbacher Palast beziehen. Die Residenz der regierenden Majestäten wird alsdann von Nymphenburg hierher verlegt werden. — Der Landtag ist bis zum 21. April vertagt. Das betreffende königl. Rescript wird noch diesen Abend oder morgen früh im Regierungsblatt erscheinen. Als Grund der verlängerten Vertagung wird bezeichnet, daß bis zum 10. April voraussichtlich die deutsche Verfassungsangelegenheit noch nicht beendet sein werde. (B. Bl.)

Freiburg, 28. März. In der gestrigen Vormittags-Sitzung in dem Proceffe Strube und Blind wurde das Zeugenverhör zu Ende gebracht. Es betraf die Flucht der Angeklagten von Staufen über Todtnau durch das Wiesenthal nach Wehr, wo sie nebst ihren Genossen durch Bürger jener Gegend festgenommen und nach Schliengen abgeführt wurden. Daran knüpften sich Zeugenaussagen über Excesse in Schopfheim. Weiter wurde der Ueberfall von Kleinlausenburg durch eine Anzahl Bewaffneter, unter ihnen Flum und Böhrler, verhandelt. Bei jenem Ueberfalle wurde der Gendarm Friß erschossen. Dies war das letzte Ereigniß, worüber Zeugen abgehört wurden. In der Nachmittags-Sitzung kam es fast nur zur Verlesung von Actenstücken. Zunächst wurden die Erklärungen der Angeklagten verlesen, welche sich auf einen in den Sitzungen schon vielfach zur Sprache gekommenen Gegenstand bezogen, nämlich auf die Ablehnung der von den Angeklagten verlangten Zeugen. Strube sieht die veranlassenden Triebfedern der Volkserhebungen, welche er leitete, in dem volksverrätherischen Wirken der Diplomatie, der Regierungspolitik und Bureaucratie während der Bundestagsperiode, sowie in den Offenbarungen des Volkswillens seit dem März vorigen Jahres. Daß Dem so sei, will er durch eine Reihe von bekannten, zum Theil hochgestellten Männern, wie Beck, v. Dusch, v. Blittersdorff, Welcker, v. Sotiron, Mathy, Bassermann, Uria-Sarachaga, Riegel, Mez und Andere, beweisen. Für die Ereignisse während der beiden Schilderhebungen hat er keinen einzigen Entlastungszeugen verlangt. Blind hat nur zwei Zeugen begehrt: den General Hoffmann und den Oberlieutenant Müller, um thatsächliche Fragen an sie zu richten. Schließlich wurde noch eine Menge von Actenstücken, Briefschaften, Regierungserlassen, militairischen Befehlen zc. aus der Zeit der zweiten Schilderhebung verlesen, und damit die Sitzung geschlossen.

In der heutigen Sitzung begannen die Anklage- und Vertheidigungsreden. Von Seiten der Anklagebank sprach der Staatsanwalt Winter, von Vertheidigungsreden, die morgen fortgesetzt werden, hörten wir die der beiden Angeklagten und der beiden Anwälte Barbo und Feder. Die Theilnahme des Publicums an den Verhandlungen steigt sich von Tag zu Tag. (N. Fr. Z.)

Kassel, 30. März. In der gestrigen Sitzung der Stände gab der Präsident der Versammlung Nachricht von der zu Frankfurt vollzogenen Kaiserwahl und fügte hinzu: Die Versammlung wird mit mir von der hohen Bedeutung dieses Ereignisses durchdrungen sein; dasselbe wird die tausendjährige Zersplitterung aufheben und der deutschen Nation den Rang unter den Völkern Europas verleihen, welcher ihrer

Macht und Intelligenz gebührt. Diese Nachricht wird jedes Herz mit Freuden erfüllen, welches in der deutschen Einheit die sicherste Bürgschaft für die Freiheit findet. Wir dürfen die feste Zuversicht aussprechen, daß der mächtige Fürst, welchen die deutsche Nation an ihre Spitze gerufen hat, diesem Rufe Folge leisten wird. Eine große Majorität der Versammlung erhob sich zum Zeichen der Bestimmung. (Es blieben unter Andern sitzen die Abgg. Bayrhoffer, Lotich, Knobel, Theobald, Rauh, Kompe, Weinzierl, Hillenbrand.) Abg. Rebelthau erstattete Bericht über den Gesekentwurf, die Wirksamkeit der gegenwärtigen Ständerversammlung und die Beschleunigung der Wahlen neuer Landtagsabgeordneten betreffend. Der Gesekentwurf; „um der Regierung die Mitwirkung der gegenwärtigen Ständerversammlung auch für die Zeit zu sichern, welche die Einleitung der nach dem Wahlgesetz vom heutigen Tage als unaufschieblich sich darstellenden Wahlen in Anspruch nehmen wird,“ bestimmt: 1) Die gegenwärtige Ständerversammlung und, im Fall der Vertagung zc., der bleibende Ausschuss behält so lange die bisherigen verfassungsmäßigen Befugnisse, bis die nächste Ständerversammlung konstituiert sein wird. 2) Die Wahlen für die nächste zc. Ständerversammlung sind alsbald einzuleiten. Die Ständerversammlung beschloß, sogleich auf die Berathung des Gesetzes einzugehen, und nahm die einzelnen Bestimmungen desselben in erster Abstimmung an. Abg. v. Waiz berichtete für den Verfassungsausschuss über den Antrag des Abg. Bayrhoffer wegen anderweiter Regulierung der Staatsdienergehälter; mit dem Antrage, mit Rücksicht darauf, daß die Regierung für das nächste Jahr eine Revision des Staatsdieneretats in Aussicht gestellt habe, den Gegenstand für jetzt auf sich beruhen zu lassen, welchem die Ständerversammlung beitrug. Man schritt hierauf zur Revision des Staatsgrundetats. Ein Antrag des Abg. Knobel, die Klassen- und Gewerbesteuer von 10 auf 12 Simplen zu erhöhen, wurde anfänglich in Erwägung gezogen, in der Folge aber auf sich beruhen gelassen und der nächsten Ständerversammlung überwiesen. Der Etat wurde hierauf mit 5,527,330 Thlr. Einnahme und 5,524,680 Thlr. Ausgabe, also mit einem Ueberschuss von 2650 Thlr. abgeschlossen. Der Referent verlas die einzelnen Bestimmungen des Gesekentwurfs, welche sämmtlich angenommen wurden. Die geheime Abstimmung wurde auf die morgende Sitzung ausgesetzt. Abg. v. Sybel berichtete für den Verfassungsausschuss über den Erlaß eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit mit ausführlicher Aufstellung der bei einem solchen Gesetz ins Auge zu fassenden Punkte. Mehrere Redner sprachen sich jedoch gegen materielles Eingehen auf die Sache selbst aus, und auf den Antrag der Abgg. v. Eschwege und Rauh wurde beschloffen, unter Mittheilung des Ausschussberichts die Regierung um eine Gesekvorlage über Ministerverantwortlichkeit zu ersuchen. Ein Antrag des Abg. Kraus wegen Einführung des Mahnverfahrens im Civilproceffe wurde der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. Der Landtagscommissar überreichte den Entwurf eines Gesetzes, das Jagdrecht und dessen Ausübung betreffend, weil das neueste Gesetz über diesen Gegenstand mit den Grundrechten im Widerspruch stehe. Der Entwurf wurde dem Rechtsausschusse überwiesen. (R. U. Z.)

Z Gotha, 30. März. Ich freue mich, meinen Bericht vom 28. März dahin erweitern zu können, daß der Herzog am gestrigen Abend, wo er die Abgeordneten des Landes zur Tafel eingeladen hatte, in Gegenwart derselben den Eid auf die Verfassung, den er schriftlich abgegeben, mündlich wiederholt und damit auch dem Wortlaute des Staatsgrundgesetzes genug gethan hat. Die Behörden der Stadt nahmen feierlichen Abschied von demselben und dankten ihm für den schnellen Vollzug der Verfassung, ohne jedoch den letzten Tag seines Hiereins durch irgend eine Festlichkeit zu verherrlichen. Am heutigen Morgen ist nun der Herzog nach Schleswig abgereist. Die Bürgerwehr der Stadt und der Umgegend hatte sich mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen auf dem Bahnhofe versammelt. Zu ihnen gesellten sich die sämmtlichen Abgeordneten, und es tönte dem Landesfürsten, den seine Gemahlin bis Halle begleitet, unter herzlichem Lebewohl ein tausendstimmiges Vivat nach. — Die Abgeordnetenversammlung wird sich nach der morgenden Sitzung auf zwei Wochen vertagen.

Braunschweig, 30. März. Die zur Zeit hier versammelten Mitglieder des Landtags haben heute Mittag beschloffen, eine Deputation an den Herzog nach Blankenburg zu schicken, um ihn zu ersuchen, er möge die Wünsche des Landes, daß der König von Preußen die ihm von der Reichsversammlung übertragene Kaiserkrone annehme, durch das Gewicht seines fürstlichen Wortes unterstützen. Die aus den Hh. v. Campe, Caspari und v. Hohnhorst bestehende Deputation ist bereits nach Blankenburg abgereist. (D. R. Z.)

Schwerin, 27. März. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Abgeordneten bringt zunächst die Antwort des streligischen Commissars auf die Interpellation der Abgg. Petermann und Rosoff. Commissar Buchla liest: Nach Strelitz, Stargard und Mirow sind preussische Truppen lediglich aus Rücksicht auf leichtere Verpflegung und Unterbringung der Mannschaft verlegt worden. Dieselben sind bereits am 23. und 24. d. M. aus den genannten Orten zurückgezogen und haben die Abtheilungen, welche in Strelitz und Mirow station

nirt gewesen, sofort ihren Rückmarsch nach der preussischen Grenze angetreten; es ist jedoch gleichzeitig noch keine genaue Bestimmung darüber getroffen worden, wann die aus Stargard zurückgezogene Abtheilung wieder über die Grenze zurückgehen werde. (R. S. Z.)

Lübeck, 28. März. In heutiger Sitzung des Bürgerausschusses theilten die Senatscommissare mit, daß vom Reichskriegsministerium der Auftrag eingegangen sei, zum Schuß der Küste 150 M. Infanterie nach Travemünde zu senden, und beantragten die Begutachtung des Bürgerausschusses über die desfalls an die Bürgerschaft zu richtende Proposition zur Bewilligung der erforderlichen Geldmittel von 10,000 Mark. Der Bürgerausschuss beschloß, diesen Antrag der Bürgerschaft zur Genehmigung zu empfehlen. (Eb. Z.)

Hamburg, 29. März. Nachdem zwei neue Mitglieder (die bisherigen Stellvertreter Anthes und Meiners) eingetreten und der Antrag des Abg. Trittau (nach §. 2 die nachstehenden Paragraphen einzuschließen: §. 5. Die gesetzgebende, vollziehende und richtende Gewalt sollen gänzlich von einander geschieden sein. §. 6. Keine Person oder keine Behörde, die an den Functionen einer der drei Staatsgewalten Theil nimmt, soll befugt sein, Functionen von einer der beiden andern Staatsgewalten auszuüben. §. 7. Keine Person oder keine Behörde, die an den Functionen einer der drei Staatsgewalten Theil nimmt, soll die Gewalt haben, auf andere Personen Befugnisse zu übertragen, welche zu den wesentlichen Functionen einer der beiden andern Staatsgewalten gehören, außer in den verfassungsmäßig bestimmten Ausnahmefällen) mit großer Majorität verworfen worden, setzte die constituirende Versammlung in ihrer heutigen Sitzung die Specialdebatte über den Bericht der Majorität des Verfassungsausschusses fort. Die Debatte drehte sich lediglich um den Satz (1. Die Bürgerschaft. §. 3.): Das Recht, Gesetze zu beschließen, steht allein der Bürgerschaft zu. Die Sitzung wurde hierauf bis zum 31. März vertagt.

Hamburg, 30. März. Der Waffenstillstand wird wieder verlängert und zwar bis zum 15. April; es ist dies das Ergebnis einer Conferenz, welche gestern Abend der eben aus London über Ostende hier angekommene dänische außerordentliche Abgesandte zu den Londoner Conferenzen, General Orholm, mit dem Reichscommissar Stedmann und dem englischen Generalconsul und Ministerresidenten Hodges hier gehalten hat. Die letzten kopenhagener Nachrichten über die Forderungen der Dänen, z. B. die schwedische Besetzung von Rendsburg zc., sind sicher weniger ernsthaft gemeint als auf die kopenhagener Kriegspartei berechnet gewesen, welcher man die Nachrichten von der ersten Waffenruhe bis zum 3. April nicht ohne einige ihren Stolz und Muth wieder aufrichtende Phrasen zu geben wagte. Die Nachricht von der Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser wird gleichfalls beitragen (?), die Dänen etwas nachgiebiger zu stimmen und sie bedenken zu machen, daß sie Alles aufs Spiel setzen, wenn sie zu viel verlangen.

Hamburg, 30. März. Mit der heute (6 Uhr Abends) pr. Dampfboot Lübeck eintreffenden Post erhalten wir folgende Berichte aus Kopenhagen vom 29. März: Nachdem gestern Vormittag die Nachricht eingelaufen, daß die Deutschen auf dem Düppelberge standen, wurde ein Staatsrath gehalten, in welchem beschloffen wurde, daß der Kriegsminister sich schleunigst zur Armee auf Alsen zu begeben habe, um die Kriegsoperationen zu leiten, an deren unverzüglichem Beginne man jetzt nicht mehr zweifelt. Der General Hansen reiste darauf in Begleitung des vielfach von der Volkspresse wegen der hoptruper Affaire angefeindeten Generals v. d. Lönborg, den er sich zum geheimen Kriegsath erkor, über Land nach Sonderburg ab. Die wenigen Getreuen, welche die Herzogthümer noch in dänischen Diensten zählen mögen, werden nach dem ausdrücklichen Willen des Königs nicht entlassen werden. Man erwartet heute die Bekanntmachung wegen der Blockade der deutschen Häfen, oder besser der Elb-, Weser- und Odermündungen, denn weiter wird sie sich, der maritimen Kräfte halber, nicht füglich erstrecken können. (Nrd. S.)

Schleswig, 29. März (Nachts). Soeben geht dem Vernehmen nach die Meldung ein, daß unsere Batterien bei Eckernförde 8 Schüsse gethan, um einen Landungsversuch feindlicher Fahrzeuge abzuhalten. Es scheint demnach ein Angriff beabsichtigt zu werden. (Nrd. S.)

— Die Deutsche Reform theilt als Beitrag zu den über die Verlängerung des schleswig-holsteinischen Waffenstillstandes gepflogenen Verhandlungen folgende zwei Schreiben mit: Der Herr Reichscommissar Stedmann hat eine schriftliche Erklärung darüber gewünscht, wie ich die hinsichtlich der verlängerten Waffenruhe mir gegebene Ordre aufgefaßt habe, und dabei bemerkt, daß seines Wissens in diesem Augenblicke sich wol fünf Bataillone Reichstruppen in der Stadt Schleswig befinden. Ich trage kein Bedenken, die von mir mündlich erteilte Antwort hier schriftlich wiederzugeben, indem ich erkläre: Daß, insofern nicht die Feindseligkeiten von der andern Seite ihren Anfang nehmen, und insofern die in Schleswig eingerückten Reichstruppen wieder zurückgehen, ich laut meiner Instruction bis zum 2. April, Abends 12 Uhr, den Waffenstillstand als bestehend betrachten werde. Sollte es unmöglich sein, die Entfernung der vorgenannten fremden Truppen aus Schleswig zu bewirken, werde ich dennoch die Waffenruhe als fortbestehend betrachten, bis ich

Infr
erhal
dort
thum
26.
Höch

man
bechr
comm
Der
selbe
tischer
Höch
der
Morg
thüm
stunde
dieses
achtu

✓
einer

her.
recht
riums
in Re
v. Ka
leicht
len.
ein hi
das M
hat.
frage
welche
darübe
höhen,
bis he
daß di
leicht
der S
Präten
wärtig
vertret

theilt
den Be
burg ü
soll na
heit au
hebt sic
Beschlü
gens u
Anzeige
rung n
erwähn
sich scho
hohen
wähnt
gangen
werden
präsid
gangen:
Majestä
sungebe
krone ar
zum En
kennt di
zweite
wolle be
des Kön
Erwartu
Wahl
unterstüt
sofortige
Auf
den Min
den Kenn
regeln er
lungsbrech
den Berf

Instruktionen, die ich mir gleichfalls ausbitten werde, vom Ministerium erhalte; immer jedoch unter der Voraussetzung, daß keine Feindseligkeiten von dort her begangen werden und daß nicht mehre Reichstruppen im Herzogthum Schleswig einrücken als die jetzt dort befindlichen. Sonderburg, am 26. März 1849, 4 Uhr Nachmittags. (Gez.) Bülow, Generalmajor, Höchstcommandirender der königl. dänischen Truppen auf der Insel Alsen.

Das darauf bezügliche Schreiben des Reichscommissars Stedmann in Rendsburg an den General v. Prittwitz lautet: Ew. Exc. beehre ich mich, anbei abschriftlich eine Erklärung des königl. dänischen commandirenden Generals in Bezug auf die Waffenruhe mitzutheilen. Der Termin ist so kurz und die Bedingung so unausführbar, wenn dieselbe in Kopenhagen festgehalten wird, daß ich meinerseits von aller politischen Rücksicht absehen muß, und es Ew. Exc. nur anheimgeben kann, Hochbero militairische Zwecke ohne weiteres zu verfolgen. Die Blockade der schleswig-holsteinischen Küsten tritt jedenfalls erst mit dem 3. April Morgens ein. Da der Rücktritt der gemeinsamen Regierung der Herzogthümer gestern gleichzeitig eingetreten ist mit dem Ablauf des Waffenstillstandes von Ralswiek, so sehe ich mein Mandat als Commissar nach Art. 8 dieses Vertrags als in jeder Hinsicht erloschen an. Mit vorzüglicher Hochachtung Ew. Exc. gehorsamster Diener (gez.) Stedmann, Reichscommissar.

Preußen.

Berlin, 31. März. Seit gestern beginnen wieder Gerüchte von einer Ministerkrise zu kursiren, und zwar weniger vage als bisher. Es heißt, das Ministerium habe bereits seine Entlassung eingereicht und Hr. Camphausen sei mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. In das neue Cabinet würde Baron v. Arnim (jetzt in Neuwied) eintreten, von den bisherigen Ministern würden die H. v. Rabe und v. Ladenberg bleiben. Obwol diese Nachricht aus keiner leichtfertigen Quelle kommt, will ich sie doch nur als on dit mittheilen. Allerdings scheint dieselbe an Consistenz zu gewinnen, nachdem ein hiesiges Abendblatt, Organ des rechten Centrums, diesen Abend das Ministerium in einer außergewöhnlich heftigen Sprache angegriffen hat. — Ueber die Stimmung, welche oben hinsichtlich der Kaiserfrage herrscht, weiß man sehr wenig Positives, und die Erklärung, welche der Ministerpräsident in der heutigen Sitzung der II. Kammer darüber abgegeben hat, kann dazu dienen, die Spannung zu erhöhen, so unbestimmt lautet ihr Inhalt. Es scheint nicht, als sei man bis heute schon zu einem bestimmten Entschlusse gelangt; der Umstand, daß die Rechte heute den Unruh'schen Antrag abgelehnt, deutet vielleicht hierauf hin. Man wundert sich über die voreiligen Maßnahmen der Stadtverordneten (Nr. 90) und ist der Ansicht, daß es einige Präntension verrathe, in einer so wichtigen Sache, die quasi eine auswärtige Frage ist, unaufgefordert sich zu äußern, ehe noch die Volksvertretung sich darüber ausgesprochen hat.

Berlin, 31. März. In der heutigen Sitzung der II. Kammer theilt Präsident Grabow mit, daß das Ministerium drei Denkschriften über den Belagerungszustand in Erfurt, in Posen und in dem Kreise Kreuzburg überreicht habe. Eine besondere Commission von 14 Mitgliedern soll nach dem Vorschlage des Präsidenten für die gesammte Angelegenheit aus den Abtheilungen gewählt werden. Der Ministerpräsident erhebt sich: Meine Herren! Es sind in den jüngsten Tagen in Frankfurt Beschlüsse von hoher Wichtigkeit für die Zukunft Deutschlands, Preußens und des Hauses Hohenzollern gefaßt worden. Die in dem Staats-Anzeiger enthaltenen Nachrichten sind authentisch; doch sind der Regierung noch keine amtlichen Eröffnungen zugegangen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß die Regierung den Weg gehen wird, den sie sich schon längst vorgezeichnet hat und der sich gewiß des Beifalls der hohen Kammern zu erfreuen haben wird. Es braucht ferner nicht erwähnt zu werden, daß, sobald die officielle Benachrichtigung eingegangen, den Kammern die nöthigen Mittheilungen werden gemacht werden. Präsident Grabow: Es sind zwei diese vom Hrn. Ministerpräsidenten soeben berührte Angelegenheit betreffende Anträge eingegangen: der eine vom Abg. v. Unruh: „eine Adresse an des Königs Majestät zu richten und denselben zu bitten, die ihm von der verfassunggebenden Versammlung zu Frankfurt übertragene deutsche Kaiserkrone anzunehmen, sowie sofort eine Commission von 21 Mitgliedern zum Entwurf einer solchen Adresse zu wählen.“ Die Versammlung erkennt die Dringlichkeit dieses Antrags nicht an; dagegen wurde der zweite Antrag, durch den Abg. v. Vinde gestellt: „Die hohe Kammer wolle beschließen, eine Commission zu ernennen, welche eine Adresse an des Königs Majestät zu entwerfen hat, um darin die Gefühle und Erwartungen der Kammer in Bezug auf die zu Frankfurt stattgehabte Wahl Sr. Majestät zum Oberhaupte von Deutschland auszudrücken,“ unterstützt, und die Majorität der Versammlung entscheidet sich für sofortige Ernennung der Commission.

Auf der Tagesordnung steht: Interpellation des Abg. v. Möller an den Minister des Innern: ob er von einem Erlasse der Regierung zu Minden Kenntniß habe, ob er denselben billige, und wo nicht, welche Maßnahmen er dagegen zu ergreifen denke? Der Erlaß betrifft das Versammlungsrecht. Die Regierung zu Minden will, daß die Unterbehörden den Versammlungen nicht durch Darbietung von Gemeindelocalen oder

sonst Vorschub leisten. Der Erlaß sei kurz vor den Wahlen ergangen, unmittelbar nach dem Rundschreiben des Ministers über die Einwirkung der Behörden auf die Wahlen. Er glaube nicht, daß Unterbehörden berechtigt seien, die Gesetze nach Willkür zur Beschränkung der Freiheit auszulegen. Jener Erlaß nenne es eine Ungehörigkeit, daß Versammlungen im Namen des Volks Beschlüsse fassen oder Wünsche aussprechen. Es sei ihm kein Gesetz bekannt, das dergleichen verbiete, die Gesetze geben vielmehr Jedem das Recht zu Petitionen. Minister des Innern: Er sei noch nicht in der Lage gewesen, über diesen Erlaß die Regierung in Minden zu hören, dennoch glaube er die erforderlichen Aufschlüsse geben zu können. In vielen Gegenden sei das Versammlungsrecht falsch aufgefaßt worden, indem man, auf dasselbe gestützt, Rechte, die den Gemeindebehörden zustehen, usurpirt habe. Versammlungen seien nie verboten worden, wohl aber habe er veranlaßt, daß Versammlungen nicht im Namen der Gemeinden abgehalten und im Namen der Behörden Beschlüsse gefaßt werden. Er billige daher den Erlaß allerdings.

Ein dringender Antrag des Abg. Kinkel und Genossen: „Die Kammer wolle beschließen, die beiden Strafproceße, in welchen der Abg. Kinkel in zweiter Instanz auf den 18. April d. J. vor das Landgericht zu Köln geladen ist, vorläufig zu sistiren und die Einforderung der Acten zu verlangen,“ findet Unterstützung und geht an die Petitionscommission. Abg. Reuter erstattet Namens des Centralausschusses Bericht über den Antrag des Staatsanwalts Sethe, die gegen den Abg. Jung wegen Beleidigung des Magistrats zu Berlin einzuleitende Untersuchung zu genehmigen. Der Ausschuss trägt darauf an: die Genehmigung nicht zu erteilen. Bei der Abstimmung ergibt sich eine Majorität für Nichtgenehmigung der Untersuchung; mit der Minorität stimmten auch die Minister v. d. Heydt und v. Manteuffel. Abg. Reuter verliest ferner den Bericht des Centralausschusses über den Antrag: dem Untersuchungsrichter v. Bülow die Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Abg. Arnz (in der Steuerverweigerungssache) zu erteilen. Der Ausschuss ist auch hier gegen die Genehmigung. Abg. Arnz selbst hat darauf angetragen, die Einleitung der Untersuchung, so weit sie ihn betreffe, zu genehmigen. Die Commission stellt anheim, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugeben. Schließlich begibt sich die Versammlung in die Abtheilungen, um die Mitglieder der Adresscommission zu wählen.

— Die Kaiserwahl steht im Tagesgespräche begreiflicher Weise im Vordergrund. Allgemeine Missbilligung findet die Voreiligkeit der in ihren Entschlüssen sonst nicht so raschen Communalbehörden. Wie uns versichert wird, hat man diese Beschlüsse auch hohen Orts nicht eben günstig aufgenommen. Hr. v. Manteuffel soll sich gestern mit dem Bürgermeister Raunyn in Communication gesetzt und denselben bestimmt haben, die vom Magistrat beschlossene Adresse bis auf weiteres noch zurück zu halten. In der That ist dieselbe auch bis jetzt noch nicht abgegangen. An der entscheidenden Stelle soll über das Annehmen oder Ablehnen noch eine eben so große Ungewissheit herrschen wie im Publicum. Die Erklärung des Ministerpräsidenten in der heutigen Sitzung der II. Kammer wird allgemein dahin gedeutet, daß man die Annahme der Wahl von der Verständigung mit der Nationalversammlung und den Cabineten abhängig machen werde. In diesem Sinne, glaubt man, wird der König die frankfurter Deputation bescheiden. — In die Commission für die Entwerfung einer Adresse an den König, betreffs der Aeußerung der II. Kammer über die Wahl des Königs zum deutschen Kaiser, wurden durch die Abtheilungen erwählt: die Abgg. v. Vinde, Ludwig, v. Berg, Pape, Berends, Schramm, Eisner, v. Merkel, Müller, Graf Arnim, v. Unruh, Wiethorst, Grün, Ziegler, Dane, Ulrichs, Menzel, Dauber, v. Kuerswald, Lenzing, Ulrich. (Die gesperrten Namen gehören der Opposition an.) Es sind demnach in dieser Commission elf Mitglieder der Linken und zehn der Rechten; durch das Hinzutreten des Hrn. Grabow als Präsidenten erhalten beide Parteien gleiche Stimmen.

Für die Commission über die posener und kreuzburger Belagerungszustandsangelegenheit sind bis jetzt erwählt: die Abgg. Breitschuh, Clert, Cybulski, Liebelt, Graf Görz-Wrisberg, Wallmuth. — Von Braunschweig ist eine Deputation der dortigen Kammer hier eingetroffen, um den König um die Annahme der deutschen Kaiserkrone im Namen Braunschweigs zu bitten. — Das Kammergericht hat die Eintheilung seines Departements, wie sie durch die neue Justizorganisation nothwendig geworden, bereits veröffentlicht. Aus den Provinzen laufen zahlreiche Protestationen gegen die Verlegung der Gerichte an andere Orte ein. Häufig entsteht der Widerspruch aus dem Verlangen, beliebt gewordene Richter, die versetzt werden sollen, zu behalten; so befindet sich eine Deputation der Einwohnerschaft von Aßchersleben hier, um gegen die Versetzung des Oberlandesgerichtsassessors Döring nach Genthin zu protestiren. — Der Besitzer der Boffischen Zeitung, Justizrath Lessing, ist als Verbreiter der berüchtigten „Entwürfe“ in einem der gegen ihn angestellten Injurienproceße kürzlich zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Hr. Lessing wird nunmehr an die höhere Instanz gehen und seinen Recurs an diejeni-

gen Personen nehmen, welche die Pamphlete seiner Zeitung zu weiterer Verbreitung übergeben haben. — Aus guter und zuverlässiger Quelle wird Folgendes mitgeteilt: Bei der Einnahme von Hermannstadt sind sehr viele russische Soldaten zu Bem übergegangen; sie versicherten, daß in ihrer Armee ein Geist der Unzufriedenheit herrsche, wie er noch nie dagewesen. Die russische Soldaten haben wenig Lust gezeigt, sich mit den Ungarn zu schlagen, und dies soll auch die Veranlassung sein, warum die Führer die Offensive nicht ergreifen wollen, obgleich sie mit den Desterreichern vereinigt sogar an Zahl überlegen (?) sind. — Gestern fand bei dem König und dem Prinzen von Preußen große Mittagstafel statt, zu welcher außer den Präsidenten beider Kammern noch mehre Abgeordnete hinzugezogen waren. (Lith. Nachr.)

Den Kammern ist ein Gesetzentwurf zur Feststellung des Staatshaushalts für das Jahr 1849 vorgelegt worden. Die Einnahme ist veranschlagt wie folgt: 1) Finanzministerium 70,233,593 Thlr.; 2) Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten 12,921,040 Thlr.; 3) Justizministerium 4,180,879 Thlr.; 4) Ministerium des Innern 35,287 Thlr.; 5) Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten 919,689 Thlr.; 6) Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten 72,292 Thlr.; 7) Kriegsministerium 203,600 Thlr., Summa 88,566,380 Thlr. Die Ausgaben sind in folgender Weise rubricirt: 1) Präsidium des Staatsministeriums 206,818 Thlr.; 2) Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 959,425 Thlr.; 3) Finanzministerium 7,258,354 Thlr.; 4) Ministerium für Handel u. 6,771,107 Thlr.; 5) Justizministerium 6,626,334 Thlr.; 6) Ministerium des Innern 3,485,905 Thlr.; 7) Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten 1,396,713 Thlr.; 8) Ministerium der geistlichen Angelegenheiten 3,379,510 Thlr.; 9) Kriegsministerium 25,811,007 Thlr.; macht zusammen 55,895,173 Thlr. für Staatsverwaltungsaufwand, dazu: 10) Dotationen 10,122,299 Thlr.; 11) Betriebs-, Erhebungs- und Verwaltungskosten und Lasten der einzelnen Einnahmeweise 22,488,589 Thlr., Summa 88,506,061 Thlr. Zu den Einnahmen kommen noch 5,608,000 Thlr. außerordentliche Hülfsmittel, sodas sich die ganze Einnahmesumme auf 94,174,380 Thlr., ebenso die Ausgaben mit außerordentlichen 5,668,319 Thlr., auf die gleiche Endsumme belaufen.

* Köln, 30. März. Von 3 Uhr Nachmittags an donnerten die Schiffskanonen der verschiedenen Dampfschiffsgesellschaften, um anzukündigen, daß die Reichsboten, welche das frankfurter Angebot der Kaiserkrone nach Berlin bringen, herankämen. Bald nach 5 Uhr landete der mit einer großen preussischen Flagge versehene „Goethe“, auf dem sich die Abgeordneten befanden. Die Zuschauer verhielten sich so theilnahmslos, wie es die Abgeordneten wol kaum erwartet hatten. Die Wahl des Königs von Preußen hat die Sympathie des Rheinlandes nicht für sich; die meisten Rheinländer sehen darin nur ein vorübergehendes Ereigniß. Die deutsche Kriegsflagge wehte auf einem Ponton der Schiffbrücke. — In Düsseldorf ist die Münzstätte trotz aller Bittschriften der Bürger aufgehoben und das Geräth bereits öffentlich versteigert worden. Eine Anzahl Einwohner ist aber zusammengetreten, um die Wiederherstellung der Münze zu betreiben, und hat zu diesem Zweck die Maschinen derselben bei dem öffentlichen Verkauf an sich gebracht.

Man schreibt der Deutschen Reform aus Königsberg vom 28. März: Eine Correspondenz, die eben aus Tilsit eingeht, bringt eine Nachricht von der russischen Grenze, welche um so bedeutsamer ist, da der Berichterstatter sie mit der größten Sicherheit verbürgen will. Am 20. April, Nachts 11 Uhr, kam ein russischer General mit Kurierpferden in Tauroggen an, fuhr ohne Aufenthalt zur Ragatka, dem Grenzzollhause, nahm den dortigen Aufseher mit und überschritt mit ihm die preussische Grenze bei Laugshagen. Er nahm das Terrain sorgfältig in Augenschein, begab sich bis zu der großen, dicht hinter Laugshagen befindlichen Brücke und zeichnete diese in sein Taschenbuch. Hierauf begab er sich zurück und fuhr ohne weitem Aufenthalt ab, eben so geheimnißvoll als er gekommen. Was die Sonderbarkeit dieses Vorfalles noch vermehrt, ist der Umstand, daß der russische Zollamtsgouverneur, v. Wilken, von diesem räthselhaften Besuche selbst nichts wußte, sondern am folgenden Tage den erwähnten Zollauffseher, Hrn. Peter, zur Untersuchung zog, weil er einen Reisenden ohne die nöthige Legitimation über die Grenze gelassen habe. Dieser rechtfertigte sich indeß damit, daß er jenen Reisenden persönlich gekannt; er sei ein General gewesen, unter dem er, ein alter Soldat, selbst noch gedient habe. — Eine andere, weniger verbürgte Nachricht will wissen, daß vom 1. April ab jeder Verkehr längs der russischen und polnischen Grenze, selbst mit Einschluß der Postverbindung, gänzlich aufgehört und nur die Verbindung mit Desterreich offen gelassen werden soll.

Desterreich.

Wien, 29. März. Der Stand der Dinge in Siebenbürgen sowie in Ungarn wird trotz der erwarteten Bulletins noch immer nichts weniger als befriedigend dargestellt. — Nach einem Schreiben

aus Pesth vom 26. März war es Görgey gelungen, die bis Miskolcz reichende Militairkette unserer Truppen zu durchbrechen, wodurch F. M. E. Ramberg sich genöthigt sah, nach Waitzen zurückzugehen. Auch hier wird über die an dem Grafen Szirmay von den Insurgenten verübte Rache berichtet, worüber jedoch auf Privatwegen nähere Details eingegangen sind. Der Graf hatte zuerst ein Freiwilligencorps gegen die Insurgenten aufgebracht. Als nun diese sein Gut Szirmabessenze besetzten, sollen sie die Familie Szirmay's unangefochten zurückgesendet, gleich aber nach deren Abreise die ganze Besetzung von Grund aus zerstört und alle Baulichkeiten dem Boden gleich gemacht haben. Ein ähnliches Schicksal hatten die Pallavicini'schen Güter im borsoder Comitatz. — Der Erminister Schwarzer, Redacteur der verbotenen Allgemeinen Desterreichischen Zeitung, ist zu einem 48stündigen Stockhausarreste verurtheilt worden. — Das heutige Amtsblatt der Wiener Zeitung bringt eine Kundmachung der Staatsanwaltschaft in Pressachen. Hiernach wird Leopold Háfner wegen eines in der „Constitution“ vom 29. Sept. 1848 enthaltenen Artikels: „Zwei Aristokraten,“ auf Grund der provisorischen Presfordnung vom 18. Mai 1848 als Mitschuldiger in Anklagestand versetzt und dessen Verhaftung angeordnet. — An der Börse ist gestern der Verkehr in Silberscheidemünze, heute jener in Livorneser Eisenbahnactien unterzogen worden. — Nach Mittheilungen von Reisenden, die diesen Morgen aus Ungarn kamen, beschäftigt es sich, daß die Dinge vorerst noch nicht zum Besten dort stehen. In den südlichen Gegenden hat F. M. E. Kulavina den separatistischen Gelüsten der Serben gegenüber einen harten Stand, und die Widersegligkeit der letztern soll beinahe bis zu einer offenen ausgeartet sein. Die Gastwirth in Temeswar, welche eine Anzeige über abgehaltene aufreizende Reden unterlassen, werden mit Arrest und Geldbußen von 100 Fl. bestraft, was bei Wiederholungen verschärft wird. (*)

Die wiener Blätter enthalten einen Aufruf zu milden Spenden für die geplünderten Hermannstädter.

Der um die slawische Literatur und Nationalität hochverdiente Dichter Kollar ward nach Wien berufen, um an den Beratungen über die Reorganisirung der Slowakei Theil zu nehmen. Die ihm angetragene Lehrkanzeln der Slawik in Olmütz hat er abgelehnt.

Olmütz, 29. März. Die Prinzessin Wasa hat sich gestern nach Wien begeben. Auch steht die Abreise der Witwe des Palatinus von Ungarn bevor. — Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg verließ gestern ebenfalls Olmütz, dürfte jedoch, wie es heißt, in wenigen Tagen wieder zurückkehren. — Ein Reisender, der mit der Eisenbahn hier eintraf, gab uns die Versicherung, er habe aus guter Quelle in Erfahrung gebracht, daß die Russen in Galizien eingerückt seien, um von dort sogleich nach Ungarn zu marschiren. — Das schon mehrmals aufgetauchte Gerücht von dem Tode Bem's wiederholt sich. Dembinski soll den rechten Arm verloren haben. (Dest. C.)

Das Constitutionelle Blatt aus Böhmen berichtet aus Prag vom 29. März: Die heutige Sitzung der Slowanska Lipa hat durch ihre Beschlüsse ihr Sein oder Nichtsein in Frage gestellt. Ich erspare mir den ausführlicheren Bericht auf morgen, will aber hier in Kürze den wichtigsten der Anträge, welcher gestellt und angenommen wurde, hier anführen. Schon früher hatte die Slowanska Lipa beschlossen, eine Petition an den Kaiser auszuarbeiten, es möge Se. Maj. die Charte, wie sie vom Reichstag zu Kremsier ausgearbeitet wurde, für die Völker Desterreichs octroyiren und die Charte vom 4. März zurücknehmen. Hr. Fr. Hawliczek war mit der Ausarbeitung dieser Petition beauftragt, und er bearbeitete sie in dem Sinne, daß daraus drei Petitionspunkte wurden, nämlich a) es möge Se. Maj. der Kaiser geruhen, das Ministerium Schwarzenberg-Stadion zu entlassen, b) alle von ihm erlassenen Gesetze annulliren, c) die vom Reichstag ausgearbeitete Charte (ist bekanntlich nur ein von einer Commission bearbeiteter Entwurf) octroyiren und jene vom 4. März zurücknehmen. Alle diese Petitionspunkte wurden angenommen.

Ueber Ungarn scheint die Regierung neue Beschlüsse gefaßt zu haben. Einer derselben soll die wiederholte Aufforderung sein, die Waffen niederzulegen, nebst der Zusage der vollen Straflosigkeit (Amnestie) für alle jene Truppen und Offiziere, die zum Gehorsam zurückkehren. Dies mag wol die Veranlassung zu dem Gerüchte gewesen sein, das heute allenthalben cursirte: es werde eine Amnestie für alle politischen Verbrecher erlassen werden. (Nr. 91.) Wollte Gott, es wäre so! (D. D. P.)

Der Stand der Dinge in Ungarn ist für Desterreich nicht besonders erfreulich. Bem scheint eine Macht zu besitzen, um sich damit vor der Hand in Siebenbürgen behaupten zu können, und läßt es auch am nöthigen Terrorismus nicht fehlen. So soll er unter Anderm 300 Kosacken, welche bei dem Angriffe auf Hermannstadt von seinen Truppen gefangen genommen wurden, haben aufhängen lassen, und dabei geäußert haben, daß diese That für ihn eine der befriedigendsten seines Lebens gewesen sei. (Schl. 3.)

Pesth, 26. März. Die geheimen Malecontenten der Hauptstadt werden immer verwegener. Am Tage kauft man dreifarbigte Zeuge; im Verlaufe der vergangenen Nächte wurden Placate in ungarischer

Sp
Die
terf
gäl
und
gest
ihre
kroa
„28
Gra
um
se
essen

richte
Wa
geleit
Abm
Ufer
mit
die f
stell
Gew
prälin
sönlich
zur C
war
Nacht
Berich
F. M.
Mann
ten 2-
einen
Niemo
von ih
den ju
wollte
gesgew
befinde
hin er
tet, al
marscha
Aufftan
Erhebung
leute au
Infante
De
F. F. K
12 Uhr
meine
rücken
welches
dagegen
feindliche
lichen
M. in d
die Wan
zeugmeist
vor und
Feind.
den zweif
marschiren
Flanke de
ponirt, u
F. F. Hof
mandirte,
des Feind
im Verein
Appel, die
die beiden
das Reser
unübertreff
und Entf
Fronte ste
tuge Leitu
Agogna in
bei dieser
Punkten si
licher Rich
zu nehmen

Sprache in den Gassen, namentlich in der Hatvanergasse verstreut. Diese Placate sind von dem debrecziner Polizeiminister Madarasz unterschrieben, ermahnen die Bürgerschaft, bei ihrer lobenswerthen Gleichgültigkeit zu verharren, versprechen baldigen Einzug der Insurgenten und scharfen vorzugsweise ein, auf mehre ausdrücklich benannte hochgestellte Personen ein wachsameres Auge zu haben und nöthigenfalls ihre Flucht zu verhindern. An das Thor eines Hauses, worin ein kroatischer, sehr achtbarer Fiscal wohnt, wurde in ungarischer Sprache „Wohnung eines Landesverräthers“ geschrieben. (C. Bl. a. B.)

Schweiz.

Der Bundesrath hat den eidgenössischen Obersten Panizza aus Graubünden und Hrn. Pestaluzi aus Zürich ins St.-Gallische abgesendet, um die Frage der directen Ausleitung des Rheins in den Bodensee zu begutachten. Es kommen dabei militairische und Gebietsinteressen der Eidgenossenschaft in Anschlag.

Italien.

Bohzen, 27. März. Den heute durch Kurier eingetroffenen Nachrichten zufolge wurde zwischen Oesterreich und Sardinien bereits ein Waffenstillstand abgeschlossen und Friedensunterhandlungen eingeleitet. Nach den Hauptbedingungen des ersten bildet die Sesia die Abmarkungslinie, die Oesterreicher besetzen mit 20,000 M. das linke Ufer bis zum Tessin, ferner die Stadt Alessandria, und theilen sich mit den sardinischen Truppen in die Besetzung der dortigen Festung; die feindliche Armee auf dem rechten Ufer wird auf Friedensfuß gestellt, und Admiral Albini kehrt mit der sardinischen Flotte aus den Gewässern des Adriatischen Meers nach Genua zurück. Die Friedenspräliminarien wurden vom gegenwärtigen König von Sardinien persönlich mit Feldmarschall Radeky unterhandelt; ein Kurier bringt sie zur Genehmigung nach Wien. Die entscheidende Schlacht bei Novara war eine blutige; man schlug sich von 10 Uhr Morgens bis in die Nacht auf beiden Seiten mit Muth und Tapferkeit. Die diesseitigen Berichte heben namentlich das Talent und die Entschlossenheit des F.-M.-L. d'Aspre hervor, und bestätigen, daß alle Truppen wie ein Mann für die Sache der Monarchie eingestanden. Die Sieger zählten 2—3000 M. Tode, zwei verwundete Generale, darunter Strassoldo, einen schwerverwundeten Obersten, Grafen Kielmansegge; von den Piemontesen blieben 16 Stabsoffiziere auf dem Platze. Novara wurde von ihnen geplündert; man schätzt den Schaden auf 2 Millionen. Auf den jungen König schossen daselbst seine eignen Leute. Karl Albert wollte am 21. März den Tessin passiren und ließ sich, in seiner Siegesgewissheit, auf den 22. März in Mailand zu Mittag ansagen! Jetzt befindet er sich auf der Flucht, und man weiß zur Stunde nicht, wohin er sich gewendet. In der Lombardei wurden Lügenberichte verbreitet, als zöge Karl Albert siegreich gegen den zurückweichenden Feldmarschall Radeky heran, um das Volk im Rücken der Armee zum Aufstande zu ermuntern. In Brescia fand auch in der That eine Erhebung statt, worauf die Beschießung der Stadt aus dem Fort erfolgte. Die Aufständischen beraubten den Postwagen und zogen Landleute aus der Umgegend an sich. Aus Verona wurde eine Abtheilung Infanterie und Cavalerie nebst Geschütz nach jener Stadt entsendet.

Der Detailbericht des Feldmarschalls Grafen Radeky an das k. k. Kriegsministerium lautet: Hauptquartier Novara, 24. März, 12 Uhr Nachts. Ich hatte die Ehre, einem hohen k. k. Kriegsministerium meine letzte Mittheilung zu übersenden, welche hochdasselbe mit dem Vorwärtigen unserer Armee bis Mortara und dem glänzenden Gefechte daselbst, welches zur Einnahme dieses Orts führte, bekannt machte. Ich habe heute dagegen einen viel wichtigeren und entscheidenden Sieg zu verkünden. Die feindliche Armee, schon durch die Wegnahme von Mortara von ihrer eigentlichen Rückzugslinie abgeschnitten, entschloß sich in der Stärke von 50,000 M. in der Stellung von Dlengo vor Novara ihr Glück zu versuchen. Das die Avantgarde bildende zweite Corps unter dem Befehl des tapfern Feldzeugmeisters Baron d'Aspre marschirte gestern von Bepolato auf Dlengo vor und rief daselbst auf den auf den dortigen Höhen aufmarschirenden Feind. Die unerwartete Stärke desselben machte das Gefecht einige Stunden zweifelhaft, da das zweite Corps nicht sogleich von dem hinter ihm marschirenden unterstützt werden konnte. Ebenso hatte ich in die rechte Flanke des Feindes das vierte und hinter ihm das erste Armeecorps disponirt, um jenseit der Agogna denselben noch gänzlich zu umgehen. Se. k. k. Hoh. der Erzherzog Albrecht, welcher die Avantgarde-Division commandirte, hielt dahier mit Heldennuth durch einige Stunden die Angriffe des Feindes von der Fronte aus auf, bis Feldzeugmeister Baron d'Aspre im Verein mit dem Commandanten des dritten Corps, F.-M.-L. Baron Appel, dieses letztern Corps mit eben so viel Entschlossenheit als Klugheit auf die beiden Flügel der Division Erzherzog Albrecht disponirte, ich selbst aber das Reservecorps hinter das Centrum dieser Division beorderte. Bei dem unübertrefflichen Muth und der mit nichts zu vergleichenden Tapferkeit und Entschlossenheit meiner braven Truppen gelang es auch, unsere Fronte siegreich zu behaupten, bis das vierte Corps durch die unskillige Leitung seines Commandanten F.-M.-L. Grafen Thurn jenseit der Agogna in die rechte Flanke des Feindes dergestalt kräftig wirkte, daß bei dieser entscheidenden Bewegung der Feind gegen Abend auf allen Punkten sich in großer, fluchtartiger Verwirrung zurückzog und in nördlicher Richtung gegen ihn aufgedrungenen Rückzug in das Gebirge zu nehmen genöthigt war. Ich kann bei diesen Kämpfen nur mit gerühr-

tem Herzen die Ergebung für Civ. Maj. Dienst und die an höchste Begeisterung grenzende Tapferkeit meiner würdigen Generale, der braven Offiziere und der Mannschafft meines tapfern Heeres erwähnen. Jeder Einzelne war ein Held. Um gerecht zu sein, müßte ich eigentlich Alle nennen, denn der tapfere Eintrag von oben herab war der gerechten Sache, die wir für unsern Kaiser verfochten, im höchsten Grade würdig. Ich wünsche Sr. Maj. Glück zu so einem Heere. Viribus unitis war der Wahlspruch dieser Schlacht. Die Verdienste des Feldzeugmeisters Baron d'Aspre, des Feldmarschalllieutenants Grafen Thurn, deren Corps in der ersten Linie der Schlacht fochten, verdienen die höchste Anerkennung. Feldmarschalllieutenant Baron d'Aspre besonders hat seinen frühern Lorbeeren nun auch diese neuen hinzugefügt. Gleich nach ihm kommt das Verdienst Sr. k. k. Hoh. des Erzherzogs Albrecht, dieses erlauchten Herrn, der, um seine Leistungen vor dem Feinde erst zu prüfen, sich freiwillig bei Sr. Maj. das Commando einer Division erbeten hatte, obwohl höchstberühmt schon früher Commandirender gewesen. Derselbe bewies an diesem heißen Tage eine bewunderungswürdige Standhaftigkeit und wich nicht einen Schritt aus seiner sehr gefährdeten Stellung zurück. Nur Gerechtigkeit wäre es, diesen Prinzen des Hauses mit dem Theresienorden zu schmücken. Ebenso haben der Feldmarschalllieutenant Graf Schaffgotsche des zweiten Corps, Feldmarschalllieutenant Culoz des vierten, Lichnowski des dritten, ferner Generalmajor Graf Degenfeld, welcher ein Pferd unter dem Leibe verlor, Fürst Friedrich Liechtenstein, Graf Stadion, welcher blessirt wurde, Graf Kolowrat, Maurer und Almann, der ebenfalls verwundet worden, dann der Oberst und Quabrigadier Baron Bianchi von Kinsky; Oberst Graf Degenfeld von Erzherzog Leopold, der tapfere Oberst Benedek von Gyulai, Graf Kielmansegge (schwer verwundet), von Baumgarten, Weiler von Erzherzog Franz Karl Infanterie und Weiß vom neunten Jägerbataillon, ohne der übrigen Stabs- und Oberoffiziere zu gedenken, welche ich in den nächsten Tagen nachtragen werde, sich besonders hervorgethan. An Trophäen haben wir 12 Kanonen, 1 Fahne, 2 bis 3000 Gefangene. Der Verlust des Feindes beträgt, so viel bekannt, 2 Generale todt, 16 todt und verwundete Stabsoffiziere, 3—4000 M. Unser Verlust an diesem entscheidenden Tage war leider sehr bedeutend. Die Regimenter und Bataillone der ersten Schlachtlinien haben jedes 10—12 Stabs- und Oberoffiziere theils todt, theils blessirt verloren, und der Verlust an Mannschafft beläuft sich an Todten und Blessirten zwischen 2—3000 M. Allein Niemand war zu halten, man wollte nicht nur allein nicht der Letzte, man wollte überall der Erste sein. Die Schlacht dauerte von früh 10 Uhr bis tief in die Nacht. Als ich nun nach vollendeter Schlacht mich in mein Hauptquartier zurückverfügte und den Generalquartiermeister der Armee, Feldmarschalllieutenant Hef, noch zu den Dispositionen der Verfolgung des Feindes auf dem Schlachtfelde zurückließ, wurde demselben plötzlich der piemontesische General Cosato als Parlamentair angesagt, welcher mit ihm zu sprechen wünschte und mir durch ihn von Seiten des Königs von Piemont der Wunsch ausgedrückt, einen Waffenstillstand zu schließen, mit dem Ersuchen, so lange die Feindseligkeiten einzustellen, bis er die Kammern in Turin davon in Kenntniß gesetzt habe. Dieser Antrag wurde bei meiner Abwesenheit durch Feldmarschalllieutenant Hef augenblicklich verworfen, mit dem Bedeuten, daß die Feindseligkeiten Tag und Nacht fortwähren würden; zugleich aber die frühern Waffenstillstandsbedingungen als die einzig annehmbaren angeboten, welche bis zum Abschlusse des Friedens die militairische Besetzung der Länderstrecke zwischen dem Tessin und der Sesia, sowie jene der Stadt Alessandria vollständig und der Festung gleiches Namens mit getheilter Besatzung, endlich den Abzug der sardinischen Flotte aus dem Adriatischen Meer und die schnellsten Friedensverhandlungen durch eigens zu bestimmende Gesandte hierzu zwischen Oesterreich und Sardinien festsetzten. Am heutigen Morgen ersuhr ich durch den genannten piemontesischen General, daß Karl Albert abgedankt und nach der Schlacht die Krone an seinen ältesten Sohn, den Herzog von Savoyen, übertragen habe. Ich werde am morgigen Tage die detaillirten Punkte dieser Convention, deren noch einige bestimmter festgesetzt werden, einem hohen Kriegsministerium ehrsüchtig einreichen, da die Erschöpfung und Ermüdung der Einzelnen aus meiner Umgebung keinen ausführlicheren Bericht hierüber für heute gestatten. Radeky, Feldmarschall.

— Hauptquartier Novara, 26. März. Soeben ist der Waffenstillstand mit Piemont definitiv abgeschlossen worden. General Cosato überbrachte dieses mit der Unterschrift des jungen Königs von Piemont versehenes Document. Radeky sagt in einem Tagesbefehl an die Truppen: „Mit Jubel hat uns, ihr waret Zeuge davon, das Land unsers Feindes empfangen, das in uns Ketter von Anarchie und keine Unterdrücker erblickt; ihr werdet diese Erwartung rechtfertigen und durch Beobachtung strenger Mannszucht der Welt beweisen, daß Oesterreichs Krieger eben so furchtbar im Kampfe wie ehrenhaft im Frieden sind.“ (M. 3.)

— Die Thurer Zeitung vom 28. März erwähnt eines Berichts aus Piemont, wonach die Kammern in Turin die königl. Familie ihres Throns für verlustig erklärt und den General Chrzanowski zum Dictator ernannt hätten.

— Der König von Sardinien soll bei Radeky angefragt haben, ob er auf einige österreichische Brigaden rechnen könne, wenn die republikanischen Bewegungen um sich greifen würden. In Mailand hatten mehre Zusammenrottungen stattgefunden, in Como, Bergamo und Brescia war es zu Aufstandsversuchen gekommen. (M. 3.)

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

Verantwortliche Redaction: Dr. H. Kaiser.
Druck und Verlag von J. W. Brockhaus in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n.



Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.
Am Montag den 16. April d. J., Nachmittags 5 Uhr, wird in unserm Konferenz-Saale auf dem Bahnhofe die **Auslosung** der in diesem Jahre zu amortisirenden **11 Prioritäts-Actien** stattfinden. Den Inhabern von Prioritäts-Actien ist gegen Vorzeigung derselben der Zutritt gestattet. [935]
Breslau, den 28. März 1849. **Directorium.**



Dampfschiffahrt [861-66]
zwischen

BREMEN und NEWYORK.

Die amerikanischen Post-Dampfschiffe werden wie folgt von der Weser abgehen:
WASHINGTON, Capt. Johnston, am 15. April.
HERMANN, " Crabtree, am 15. Mai.

Passagepreise nach Newyork in 1. Cajüte 2^{or} 195 Thlr.
" " " " 2. " " " 100 "

" " Southampton " 1. " " " 25 "

Die 2te Cajüte ist für die obigen beiden Reisen bereits besetzt.
Bremen, im März 1849. **C. A. Heineken & Comp.**

Bei **E. S. Gummi** in Ansbach ist soeben erschienen und in allen sächsischen Buchhandlungen vorrätzig, in Leipzig bei **Steinacker**, in Dresden bei **Wenold**, in Freiberg bei **Crag & Gerlach**:

Der Uebertritt Friedrich August's I., Kurfürstens von Sachsen und Königs von Polen, zur katholischen Kirche. Erläutert aus einem eigenhändigen Briefe desselben. Preis 5 Ngr. [932]

In der **L. Schellenberg'schen Hofbuchhandlung** in Wiesbaden ist eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorrätzig:

Ueber die Demokratie in Frankreich.
Antwort an Herrn Guizot,
von **Pierre Margry.**
Preis 5 Ngr. oder 18 Kr. Rhein. [924]

Einführung zum Abonnement auf die **Hugsburger Postzeitung,** katholisch und liberal im wahren Sinne des Wortes, feind dem Absolutismus in jeder Form. Preis halbjährlich 4 Fl. 40 Kr. Auflage 3500. Inserate die 4spaltige Petitzeile oder deren Raum 3 Kr.

Soeben ist bei **Kasper, Hügel und Manz** in Wien erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu haben, Leipzig, bei **Fr. Ludw. Herbig**:

Für die Gläubiger Oesterreichs!
Die Finanzlage der Monarchie und ihre Hülfquellen

von **Otto Hübner,**

früherem Bevollmächtigten des „Oesterreichischen Lloyd“, ehemaligem Redacteur der „Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung“ etc.

Mit vielen statistischen Tabellen.

Brosch. 2 Fl. C.-M. oder 1 Thlr. 15 Ngr.

Es dürfte dieses Buch um so mehr Aufmerksamkeit verdienen, als es das erste statistische Werk über Oesterreichs Finanzlage ist, für welches die officiellen Quellen benutzt werden konnten. [880-82]

Preisherabsetzung.

Durch alle Buchhandlungen ist von **F. W. Brockhaus** in Leipzig zu beziehen:

Deutsches Volksblatt. Eine Monatschrift für das Volk und seine Freunde. Herausgegeben von **M. Haas.** Drei Jahrgänge. 1845-47. Gr. 8. Geh.

Herabgesetzter Preis 16 Ngr.

Einzelne Jahrgänge 8 Ngr.

Hierzu erschien von dem Herausgeber:

Centralblatt. Ein Organ sämmtlicher deutscher Vereine für Volksbildung und ihre Freunde. Gr. 8. 1845. **Herabgesetzter Preis 8 Ngr.**

Das **Volksblatt** enthält eine überaus reiche Auswahl belehrender und unterhaltender Darstellungen von den beliebtesten und tüchtigsten Volkschriftstellern, und kann zu dem jetzigen beispiellos billigen Preise als ein nützliches Familienbuch bestens empfohlen werden. [937]

Jodsoda-Wasser-Fällung pro 1849.

Von den Jodquellen des Mineralbrunnens Krankenhell in Oberbaiern hat die Fällung wieder begonnen und machen wir Aerzte und Patienten darauf aufmerksam. — Die Krankenheller Quellen sind die einzigen Jodsodaquellen, die bis jetzt bekannt sind, und zeichnen sich nicht allein durch ihre wunderbaren Heilkräfte, sondern auch dadurch aus, daß sie von allen Naturen vertragen werden.

Bestellungen zu 25, 50 und 100 n. Krügen effectuirt **Joh. Kießling** in Augsburg.

[756-57] **Die Brunnendirection.**

Die Stahlbäder in Schandau

werden in diesem Jahre am 1. Mai eröffnet; gleichzeitig mit der Eröffnung der Bäder beginnen auch die Nerven- und Brunnencuren in der Trink-Anstalt für künstliche Mineralwässer von Dr. Struve.

Dem in den letzten Jahren oft fühlbaren Mangel an größeren Privatlogis ist durch mehre neuerbaute, bequem eingerichtete Häuser möglichst abgeholfen. Bestellungen auf Logis für Gurgäste übernimmt

Die Bade-Inspection.
Dr. Petrenz, E. Kubert.

Schandau, den 30. März 1849. [928]

Verkauf.

Ein rentables, der Mode nicht unterworfen, sowohl für einen Kaufmann als auch Apotheker passendes Geschäft, in einer Provinzial-Stadt Sachsens, ist sofort zu verkaufen. Zur Uebernahme sind circa 3000 Thlr. erforderlich. Offerten unter Chiffre **P. Q.** poste restante Leipzig franco, werden sogleich besorgt. [883-85]

A vendre

une maison de campagne située au bord du Rhin dans une des plus belles positions du Duché de Nassau, joignant les agréments de campagne à l'avantage que procure la vicinité de deux grandes villes. — Pour de plus amples renseignements s'adresser au Bureau de **Mr. Julius Jaffe** à Francfort s. M., Allée Nr. 17. [917-19]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Rector Dalmer in Barth mit Fräulein Ida Behm in Berlin. — Hr. A. v. Dollfus in Berlin mit Fräulein Marie Marquardt. — Hr. Hermann Heine in Bremen mit Fräulein Amalie Hermann in Laubenthal. — Hr. Rittergutsbesitzer Hermann Rummel auf Jankau mit Fräulein Emilie Schönhut in Breslau.

Getraut: Hr. Apotheker Louis Wählhan in Moorburg mit Fräulein Sophie Winter aus Elenz.

Geboren: Hr. Premierlieutenant Wättner in Sadewitz eine Tochter. — Hr. Friedrich Kohl in Plauen eine Tochter. — Hr. Advocat G. F. Lachsmann in Jittau ein Sohn. — Hr. Dr. Cajus Meyer in Iphoe eine Tochter. — Hr. L. K. Koch in Robendorf eine Tochter. — Hr. Oberförster Muscate in Wirtth ein Sohn.

Gestorben: Hr. Bürgeroberst Friedrich Wilschly in Magdeburg. — Frau Collaborator Luise Alberti in Köstritz. — Frau Pastor Marie Baldamus in Osterwied. — Frau Lieutenant Friederike Danforth in Berlin. — Frau Pastor Christiane Dies in Schwanebeck. — Hr. Kaufmann Hans Friedrich Gräpel in Rüstertel. — Hr. Kammergerichts-assessor Albert v. Gröning in Berlin. — Frau Julie Hausmann in Leipzig eine Tochter. — Hr. Goldhändler August Gregoitt Kopyrasch in Weissen. — Frau Kaufmann Elisabeth Polz in Habelschwerdt. — Hr. G. A. Senf in Leipzig eine Tochter. — Hr. Dr. Steingröwer in Seehausen eine Tochter. — Hr. Thallwitz in Döbeln ein Sohn. — Hr. Professor Friedrich G. Valer in Magdeburg. — Hr. Kammergerichts-assessor Vogel in Dahme eine Tochter. — Hr. Oberlieutenant Joseph Behlmann in Chemnitz. — Hr. Karl Jöllner in Leipzig ein Sohn.

(Mit einer Beilage.)

Uebersicht.

Frankreich. Nationalversammlung. Das Budget. Die italienische Frage. Die Leistungen. Hr. v. Hüner. Französische Escadre nach der Nordsee. Ausscheiden von Beamten wegen der Wahlen. Proudhon verurtheilt.

Großbritannien. Unterhaus. Grundherren- und Pächterbill. Die Leistungen über den sardinischen Krieg. Der dänische Waffenstillstand. Abdankung des Herzogs von Parma. Versteigerung in der Versöhnungshalle in Dublin.

Belgien. *Brüssel. Die Erbschaftsteuer. Gesetzentwürfe.

Dänemark. Kopenhagen. Proclamation des Kriegsministers an die schleswigschen Soldaten.

Rußland und Polen. Von der polnischen Grenze. Der Bischof von Kalisch. Russisches Maß und Gewicht. Rekrutierung. Vermessungen. Die Universität Dorpat.

Türkei. *Ismirna. Seeräuber. Mitrache.

Neueste Nachrichten. Handel und Industrie.

Frankreich.

Paris, 29. März.

Die Nationalversammlung begann heute mit der Berathung des Budgets des Ministeriums für Ackerbau und Handel. Dieses Budget war glücklicher als die der übrigen Ministerien, denn fast alle von der Commission beantragten Reductionen wurden zurückgewiesen. Von fast 18 Millionen sind im Ganzen bloß 300,000 Fr. gestrichen. Hr. Jules Favre zeigte an, daß er mit Beifimmung des Ministers des Auswärtigen morgen die italienische Angelegenheit zur Sprache bringen werde.

In Folge der Nachrichten aus Italien trat nach der gestrigen Sitzung der Kammer sofort das Comité der auswärtigen Angelegenheiten zu einer Berathung zusammen und beschloß, den Minister des Auswärtigen zur Theilnahme an der Sitzung einzuladen. In seiner Anwesenheit sprachen die Hh. Em. Arago, Guichard, Gustave de Beaumont, Jules Favre, Joly, Buzignier und Bixio (sämmtlich von der Linken) für die Nothwendigkeit der Besetzung der Alpenübergänge und von Genoa. Hr. Molé erklärte, daß diese Maßregel den Krieg im Gefolge haben müßte, der wider den Willen der Mächte auszusprechen werde, da dazu ein zufälliges Avantgardengefecht genüge. Das Wohl der Republik aber, sagte er, verlangt Frieden. Er bat das Comité, wohl zu bedenken, daß Rußland seine Truppen der österreichischen Armee nachrücken lasse. Das sei die eigentliche Gefahr. Beginn der Kampf, so hat es Frankreich mit Rußland zu thun und dann ist der europäische Krieg nicht mehr zu verhindern. Der Minister des Auswärtigen erklärte, daß es sich hier lediglich um Piemont und gar nicht um die römische oder toscanische Republik handle, wie Hr. Joly behauptet hatte. Frankreich werde die Integrität Piemonts aufrecht erhalten. Es habe sich keinen Vorwurf zu machen. Im vergangenen Juni habe Italien jede Einmischung Frankreichs manchmal in den verletztesten Ausdrücken zurückgewiesen. Seitdem die piemontesische Armee geschlagen worden, habe sich zwar die Sprache geändert, leider aber auch die Verhältnisse, und was Frankreich damals hätte thun können, sei jetzt nicht mehr möglich. Die Majorität des Comité nahm diese Erklärungen sehr günstig auf, und verließ die Sitzung. Die Minorität blieb noch beisammen und beschloß mit 24 gegen 14 Stimmen, in der Nationalversammlung folgende Erklärung als dringlich zu beantragen: „Die Nationalversammlung, bedacht, die ihr anvertrauten beiden wichtigsten Interessen, die Ehre Frankreichs und den auf gegenseitige Achtung der Nationalitäten gegründeten Frieden zu wahren, einverstanden mit den vom Minister in der Sitzung vom 28. März gethanen Aeußerungen und vertrauend auf die Regierung des Präsidenten der Republik, erklärt, daß wenn zur bessern Sicherung der Integrität des piemontesischen Gebiets und der Ehre und der Interessen Frankreichs die Executivgewalt die Unterhandlungen durch eine theilweise und vorübergehende Besetzung eines Theils von Oberitalien unterstützen wolle, sie in der Nationalversammlung die aufrichtigste und vollkommenste Mitwirkung finden würde.“ Dieser Antrag wird morgen in der Nationalversammlung als dringlich eingebracht werden. Außerdem schickte das Comité heute früh eine Deputation an den Präsidenten der Republik. Er erklärte ihr, daß er sie in seiner officiellen Eigenschaft auf die Erklärungen des Ministers verweisen müsse, daß aber seiner Privatmeinung nach Nichts eine Intervention in Italien rechtfertige.

Die heutigen Zeitungen werden fast ganz von den italienischen Angelegenheiten in Anspruch genommen. Die Oppositionspresse benützt die Abneigung der Regierung zu interveniren zu Angriffen auf die Regierung, die sie des Verraths gegen die Freiheit der Völker, oder mindestens des unthätigen Zuschauens ihres Untergangs anklagt. In dieser Auffassung ist die ganze Partei von der Revolution bis zum National nur mit größerer oder geringerer Heftigkeit des Ausdrucks einverstanden. Das Journal des Débats und der Constitutionnel

hoffen, daß es den Vorstellungen der Diplomatie gelingen werde, den Marsch Radezky's aufzuhalten und die Integrität Piemonts zu wahren. Die Assemblée nationale sieht gar keinen Grund zur Intervention, da Oesterreich die Zusicherung gegeben habe, nach keiner Gebietsvergrößerung zu streben; das halbofficielle Blatt, La Patrie, meint, es sei weiter nichts zu thun als durch diplomatische Unterhandlungen größerer Unfälle zu verhindern. Die « Union » zieht die italienische republikanische Partei der größten Schuld, indem sie durch ihre demagogischen Wühlerien die Einigkeit gestört und das Heer demoralisirt habe, ohne selbst das Mindeste gegen den Feind zu thun, gegen den sie nur problerische Nebensarten statt Truppen ins Feld geführt. Der Sicile will nicht, daß Frankreich ein ganz unthätiger Zuschauer der Ereignisse in Italien bleibe, da Oesterreich leicht im Rausche seines Glücks übertriebene Forderungen machen könnte, ist aber gegen die von der Linken verlangte bewaffnete Intervention.

Hr. v. Hüner ist gestern mit einem speciellen Auftrag der österreichischen Regierung hier angekommen und hatte sogleich eine Unterredung mit Hr. Drouyn de Lhuys, Minister des Auswärtigen. Ebenfalls gestern, bevor noch die Regierung Nachricht von der Niederlage der Piemontesen hatte, ging ein außerordentlicher Kurier an Hr. Bois le Comte in Turin ab mit Instructionen über das von ihm zu beobachtende Verhalten, im Fall Radezky siegen sollte.

Man versichert, daß in Folge der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Dänemark die französische Regierung eine Beobachtungsescadre in die Nordsee schicken werde.

Da das neue Wahlgesez die Mehrzahl der Staatsbeamten von der Nationalvertretung ausschließt, so nehmen bereits Viele, welche bei den nächsten Wahlen als Candidaten auftreten wollen, ihre Entlassung aus dem Staatsdienst. Die Austretenden gehören meistens dem Richterstande an. Hr. Boirhage, der bereits in der Nationalversammlung sitzt, ist auch darunter.

Hr. Proudhon als Eigenthümer und Hr. Duchêne als Gerant des socialistischen Blatts Le Peuple sind wegen Pressvergehen Ersterer zu drei Jahren Gefängniß und 3000 Fr. Strafe, Letzterer zu einem Jahre Gefängniß und 1000 Fr. Strafe verurtheilt worden. In dem angeklagten Artikel war der Präsident ein Verräther genannt, der Verweigerung einer Amnestie, der Verbindung mit den Königen gegen die Völker und der Verletzung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts und der freien Presse beschuldigt. Auch zieh man ihn des Bestrebens, einen socialen Bankrott herbeizuführen, das Kaiserthum zu errichten und die Verfassung umzustürzen. Die Anklage lautete auf Aufreizung zum Haß und zur Verachtung gegen die Republik und die Regierung, Angriffe gegen die Constitution und auf die Ehre und Würde des Präsidenten.

Großbritannien.

London, 29. März.

Gestern, am Mittwoch, hielt bloß das Unterhaus eine Sitzung. Hr. Hume zeigte an, daß er nach den Osterferien folgende Resolution beantragen werde: „Da die Getreide- und Lebensmittelpreise jetzt die selben sind wie 1797, so ist das Haus der Meinung, daß zum Zweck der Verminderung der Staatsausgaben und der Herbeiführung einer Steuererleichterung von jetzt an bei jeder neuen Anstellung in England und in den Colonien das Gehalt, so weit es ohne Beeinträchtigung des Staatsinteresses geschehen kann, so genau als möglich nach den Sätzen von 1797 festzustellen sei.“ Die übrige Zeit des Hauses wurde hauptsächlich von der Comitésberathung über die Bill zur Regelung der Verhältnisse zwischen Grundherren und Pächter in England, und wie auf Antrag Hrn. H. Herbert's und im Einverständnis mit dem irischen Staatssecretair Sir W. Somerville noch hinzugesetzt wurde, in Irland, in Anspruch genommen. Die Bill stellt die Bedingungen fest, unter welchen ein Pächter beim Abzuge Entschädigung für gemachte Verbesserungen zu beanspruchen hat. Die Bill über insolvente Parlamentsmitglieder wurde zurückgenommen, um in erweiterter Gestalt nochmals vor das Comité des Hauses gebracht zu werden.

Das Morning Chronicle hofft, daß der Einmarsch der Oesterreicher in die sardinischen Staaten die Feindseligkeiten zu einem schnellen Abschluß bringen und dem verbrecherischen Ehrgeiz des savoyischen Hauses ein Ende machen werde, während nach der Sprache des von der Zeitung angezogenen Manifestes des Fürsten Schwarzenberg zu erwarten sei, daß die Wiedervergeltungsmaßregeln des Marschalls gegen die verführten Unterthanen des Königs eine mildere Form erhalten werden durch den weisen und versöhnlichen Geist, welcher offenbar die wiener Regierung erfüllt. Die Times spricht am Schluß eines längern referirenden Artikels über den sardinischen Krieg die feste Ueberzeugung aus, daß, unterstützt durch die friedliche Haltung der gegenwärtigen französischen Regierung, obgleich ihre Stellung nach innen in dieser Frage nicht ohne Schwierigkeit sei, der europäische Friede erhalten werden

llung
ens Kran-
wieder be-
nten darauf
en sind die
ht bekannt
re wunder-
s, daß sie
c. Krügen
rg.
tion.
der
u
et; gleich-
nnen auch
nt-Anstalt
uwe.
ren Man-
tebre neu-
chäft abge-
ste über-
ction.
ibert.
[928]
verfenes,
er passen-
Sachens,
sind circa
er P. Q.
sogleich
883-85]
bord du
ions du
ents de
vicinité
lus am-
reau de
l. Allée
17-19]
ten.
arth mit
Dolffs
— Hr.
te Her-
lber Her-
Emille
han in
Glenz.
hättnet
Kohl in
Lach-
r. Cajus
k. Koch
verförter
ch Willh.
nise M.
Balda-
riederite
bristane
s Fried-
gerichte-
rau Ju-
— Hr.
in Wei-
Gabel-
e Loh-
sen eine
Sohn.
Magde-
bel in
Josep
illnet
e.)

würde, obgleich die letzten Consequenzen der neuesten Ereignisse Karl Albert in seinem eignen Lande, und den verbrecherischen Anstiftern des Kriegs sehr nachtheilig werden könnten.

— In Bezug auf die widersprechenden Nachrichten über die Verlängerung des dänischen Waffenstillstandes verharret das Morning Chronicle bei seiner Behauptung, daß er verlängert sei, und daß die dänische Regierung die Feindseligkeiten thatsächlich nicht erneuern werde. Es stützt sich auf den Umstand, daß die von London nach Hamburg bestimmten Dampfschiffe fortfahren, ihre Ladung einzunehmen, und auf das bereits durch die Thatsachen widerlegte Gerücht, daß Preußen seinen Truppen Gegenbefehl gegeben habe. Der Brief des preussischen Geanerkonsuls Hebel mit der Anzeige von der Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 15. April (Nr. 90) wird jetzt ebenfalls von den englischen Blättern mitgetheilt.

— Baron Ward, Stallmeister des Herzogs von Parma, kam gestern mit der officiellen Nachricht von der Abdankung des Herzogs zu Gunsten seines Sohnes, des Erbprinzen, der jetzt in England sich aufhält, in London an.

— In Dublin wurden vorgestern die letzten Effecten der Versöhnungshalle, in D'Connell's Blüthezeit das Hauptquartier des Repealvereins, gerichtlich versteigert. Die Gesellschaft befindet sich bekanntlich seit längerer Zeit thatsächlich in vollständigster Auflösung.

Belgien.

* Brüssel, 28. März. Acht Sitzungen der II. Kammer waren bereits auf die Verhandlungen über das neue Erbschaftssteuergesetz verwendet worden, und noch schien es unmöglich, über den Ausgang derselben eine Berechnung anzustellen. Zwar hatten sich, mit einer einzigen Ausnahme, nur Mitglieder der frühern katholischen Rechte gegen den Entwurf vernehmen lassen; nichtsdestoweniger wußte man, daß derselbe auf den Bänken der Linken, unter den nächsten Anhängern der Regierung, zahlreiche Widersacher hatte, die nur deshalb der Rede sich enthielten, um nicht im Verein mit den Männern der Sacristei oder des Grundbesitzes, welche bei ihrer Opposition von ganz andern Grundsätzen ausgingen, dem Cabinet, das unerschütterlich an dem Projecte festhielt, eine Niederlage zu bereiten, deren Folgen man wol ermessen konnte. Dieser mißlichen Stellung trug endlich ein Mitglied der Linken darauf an, die fernere Berathung bis nach der Untersuchung des Budgets von 1850 zu vertagen, indem für das laufende Jahr das gesuchte Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe bestünde, die Errichtung neuer Steuern oder Schärfung der alten somit nicht zu den Erfordernissen des Augenblicks gehöre. Dieser Antrag, ein für die Meisten erwünschter Ausweg, einer Krisis vorzubeugen, wurde dann auch gestern fast einstimmig angenommen, nachdem sich der Minister selbst in diesem Sinn ausgesprochen hatte. Ich habe schon früher erwähnt, daß die Vorlage des neuen Erbschaftsgesetzes hauptsächlich darauf gerichtet war, einen Ueberschuß der Staatseinnahme zu erzielen, welcher, als Reservefonds, in außergewöhnlichen Umständen die Ausführung besonderer Maßregeln möglich machen könnte, ohne die Staatsbürger zu besondern Opfern aufzufodern. — Auch der Senat ist dieser Tage dem Ministerium nahe getreten und hat nicht nur der Abschaffung des Oberbergraths, sondern auch der Postreform den Krieg erklärt. Wie natürlich hat die Einführung der Pennytaxe nicht nur Diejenigen gegen sich, welche das daraus entspringende Deficit fürchten, sondern auch den Bruchtheil unserer gesetzgebenden Versammlungen, welcher davor als vor einem mächtigen Hebel der modernen Bildung, einem auf Verbreitung geselliger Cultur zielenden Mittel zurückschaudert. Obgleich das Ministerium zuerst die einförmige Brieftaxe von 20 Centimen vorgeschlagen hatte, so hat es sich doch aufrichtig der von der II. Kammer beschlossenen Herabsetzung auf die Hälfte gefügt und dieselbe vor dem Senate vertheidigt. — Unter den wichtigern neuern Gesetzentwürfen erwähne ich das Gesetz, von Seiten des Ministeriums des Innern, eines Credits im Belaufe einer Million zur Ausführung gewisser Projecte, betreffend die Beförderung der Landesindustrie und der Exportation, Verbesserung des Landbaues, Colonisation im Innern des Reichs, ferner Verbesserung der von den Arbeiterklassen bewohnten Viertel in den Städten und Dorfgemeinden, endlich die Errichtung von Vicinalwegen. Mit hohem Interesse wurde auch das Gesetz über Revision der Organisation des höhern Unterrichts entgegengenommen.

Dänemark.

Kopenhagen, 27. März. Der Kriegsminister hat heute nachstehende Proclamation erlassen: Schleswigsche Krieger! In dem Augenblicke, da das Schwert gezogen wird, zur Entscheidung, ob es einer aufrührerischen Partei mit Hilfe fremder Unterdrücker gelingen solle, Recht und Pflicht zu verhöhnen und das uralte Band, welches Schleswig an Dänemark knüpft, zu zerreißen, wendet euer König sich nochmals an euch. Ueberzeugt, daß ihr nur durch falsche Vorspiegelungen und bethörende Versprechungen verleitet worden, für einige Zeit den Gehorsam zu versagen, den ihr euren angestammten, euch wohlgefinnten Könige schuldig

seid, bietet er euch nochmals Gelegenheit, von einem Kampfe abzustehen, der in jedem Falle Verderben über euch und euer Land bringen muß. In seiner Rücksicht und Milde verspricht der König jedem Soldaten, der, eingedenk seiner Pflicht, die Reihen der Aufrührer verläßt und unter seinen rechtmäßigen Fürsten zum Gehorsam zurückkehrt, völlige Amnestie; er soll, insofern er solches wünscht, sogleich in seine Heimath entlassen und nicht wieder zum Kriegsdienste einberufen werden. Ebenso soll jeder Unteroffizier, der bereits vor dem Ausbruche des Aufruhrs in königl. Diensten gestanden, auf Verlangen den Abschied erhalten, und zwar mit der Pension, auf welche er zur Zeit dieses Ausbruchs, mit Rücksicht auf Grad und Dienstalter, Anspruch hatte. Unteroffizieren, welche später in das Heer der Aufrührer eingetreten, wird völlige Amnestie und Befreiung vom fernern Kriegsdienste zugesichert. Soldaten! legt die Waffen nieder! laßt ab von dem verbrecherischen Kampfe gegen Ehre und Recht und zaudert nicht, zum Gehorsam, zur Pflicht zurückzukehren! Euer König gibt euch hier einen wiederholten Beweis, wie sehr das Glück aller seiner Unterthanen ihm am Herzen liegt! Kopenhagen im Kriegsministerium, 27. März 1849. C. F. Hansen, Generalmajor und Kriegsminister. (Auffallend ist die offenbar absichtliche Distinction zwischen schleswigschen und holsteinischen „Insurgenten.“)

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 26. März. In Betreff der politischen Nachrichten hat der Bischof von Kalisch folgendes Schreiben erlassen: Es ist zur Kenntniß der Regierung gekommen, daß die römisch-katholischen Geistlichen von der an sie gelangenden Kenntniß über politische Ereignisse die Ortspolizeibehörden nicht benachrichtigen. In Folge der empfangenen Rescripte der Regierungskommission für innere und geistliche Angelegenheiten, erlassen auf Grund des Befehls Sr. Durchl. des Fürsten-Statthalters, fordern wir das Generalconsistorium auf, die strengsten Bestimmungen an die Welt- und Klostergeistlichkeit zu erlassen, damit dieselbe über alle politischen Nachrichten, von denen sie auf irgend einem Weg erfährt, mit Ausnahme der Beichte, ohne Verzug den Ortspolizeibehörden Bericht erstatte, weil sie sonst im entgegengelegten Falle zur strengsten Verantwortung vor die Regierung gezogen wird. — Vom 1. Mai d. J. an werden in unserm ganzen Königreich in allen Kron- und Privatgeschäften die in Rußland geltenden Maße und Gewichte eingeführt. — Einer Bekanntmachung zufolge dürfen in Zukunft alle diejenigen Ausländer, welche in ihrer Heimath den Adel oder einen Ehrentitel besessen haben, nach ihrer Uebersiedelung in das Königreich Polen sich dieser Prerogative nicht mehr bedienen. Nur diejenigen Personen, welche bloß auf kurze Zeit Polen besuchen, dürfen ihren Adel oder Ehrentitel ungekränkt geltend machen. — Bei der jetzt angeordneten neuen großen Rekrutierung in unserm Königreiche wird man zur Erreichung der Zahl bis auf das 30. Jahr und nöthigenfalls noch weiter gehen. Zufolge dieser neuen Rekrutierung sieht man fast täglich jüdische Flüchtlinge die Grenze überschreiten, welche sich der Aushebung entzogen haben und sich nun in Amerika ein neues Vaterland suchen. — Die Garnison der Stadt Warschau ist neuerdings wieder um 5000 M. verstärkt und beläuft sich jetzt auf volle 30,000 M. — In diesen Tagen sind hier die Resultate der letzten Vermessungen in Polen veröffentlicht worden, nach denen unser Land den Flächeninhalt von 2320 geographischen Quadratmeilen oder von 763,164 polnischen Hufen besitzt. Unter den Gouvernements ist das größte das warschauer, welches 673 Quadratmeilen umfaßt, und das kleinste das plocker von 303 Quadratmeilen. Die Krongüter nehmen einen Flächenraum von 150,530 Hufen ein; die städtischen und Stiftungen angehörigen 35,455, die Privatgüter 577,179, pflugbarer Boden sind im Ganzen 358,420 Hufen, Wiesen und Hutungen 69,282, Wälder 202,506 und Gebäude, Gewässer, Wege u. 132,956 Hufen. (Verl. 3.) — Vom Reichsrath war an den Kaiser ein Antrag auf Aufhebung der dorpater Universität gemacht worden. Derselbe hat ihn aber für diesmal noch entschieden abgewiesen. (D. Ref.)

Türkei.

* Smyrna, 17. März. Nach Berichten aus Rhodus haben sich in den dortigen Gewässern wieder Seeräuber gezeigt. Ein von Syra kommender Rauffahrer war von zweien derselben angefallen, es gelang ihm jedoch, da seine Mannschaft bewaffnet war, dieselben in die Flucht zu schlagen und selbst zu entkommen. Man hat Kreuzer ausgesandt, um die Piraten aufzubringen. — In der Nähe von Rhodus, in Makri, ist wieder einmal eine Blutrache ausgeübt worden, die zur Charakterisirung des Barbarismus in den hiesigen Ländern einen neuen Beitrag liefert. Vor drei Jahren nämlich wurde ein englischer Baron in der Nähe von Makri ermordet. Obgleich gewöhnlich die Mörder nicht aufgefunden werden, so gelang es dem Einflusse des englischen Gesandten, der die Bestrafung nachdrücklich verlangte, die türkischen Behörden zur Verhaftung der Schuldigen zu vermögen. Nur im offenen Kampfe war es möglich, sich der Mörder zu bemächtigen, der türkische Polizeibeamte, Ali-Bey, erschoss in diesem Kampfe den Räubersführer und nahm dann seine Spießgesellen gefangen. Die Verwandten des Getödteten schwuren dem Bey Blutrache, und von diesem Augenblicke an war er lebendig todt. Er sah sich genöthigt, sein Haus stets mit einer starken Wache zu umgeben und wagte sich nicht mehr vor die Thür. Endlich erlöste ihn der Tod von der Angst vor dem

Tode, er wurde krank und starb. Aber der Rache Schwur war nicht geföhnt, und vor einigen Tagen fiel der Bruder des Verstorbenen, Mertali-Bey, unter den meuchlerischen Streichen der Verwandten des Verbrechers. Da diesmal kein englischer Gesandter die Auslieferung der Thäter fodert, so sind dieselben vor jeder Verfolgung sicher, weil Niemand sich aufs neue der Blutrache aussetzen will. Ein ähnlicher, noch grausenhafterer Fall ist in diesen Tagen in dem Dorfe Ghelebehi, unfern Scala Nova vorgekommen. Dort ist die Benadetta an einer aus sieben Personen bestehenden Schäfersfamilie verübt worden. Alle fand man eines Morgens leblos in ihrem Blute.

— Nach Berichten aus Beirut ist in der Nähe von Jaffa ein Schiff mit 60 Passagieren gestrandet, welche auf barbarische Weise von den Eingeborenen ermordet wurden.

Neueste Nachrichten.

Der Lloyd vom 29. März meldet in seiner Abendausgabe als Neuestes: Soeben vernehmen wir, daß ein Kurier mit der Nachricht angelangt sei, daß Bem, von den Russen gänzlich aufs Haupt geschlagen, sich in die Balachei geworfen habe. Fünf seiner Oberoffiziere sollen ihre Verbrechen bereits am Galgen gebüßt haben.

Handel und Industrie.

Del. * Leipzig, 31. März. Unser Rübsölmarkt bewahrt die Festigkeit, die er schon seit einiger Zeit zeigt; die Foderung für Rübsöl bleibt 14 1/2 Thlr., und zu 14 1/2 Thlr. zeigt sich fortwährend viel Kauflust. Ungeachtet des abnehmenden Consums lassen doch bedeutende Engagements für die nächste Folgezeit noch höhere Preise erwarten, da die früher geschlossenen Lieferungen noch zu viel effective Waare in Anspruch nehmen und letztere außerordentlich fehlt. Termine ohne Geschäft.

Eisenbahn. Magdeburg-Leipziger Bahnsequenz. Vom 18. bis mit 24. März (mit Einschluß von 933 Personen aus dem Zwischenverkehr) 8,301 Personen.

(Vom 1. Jan. — 24. März 98,559 Personen.)

Amsterdamer Börse, 28. März. 2 1/2 pc. Int. 48 5/8; 4 pc. 76 5/8; Kupfl. 5 pc. Hope 101 1/2.

Frankfurter Börse, 30. März. Destr. Bfact. 1149; 500 Fl. L. 123; 250 Fl. L. 76; Baur. 3 1/2 pc. 78 7/8; Bad. 50 Fl. L. 46 1/2; Darmst. 50 Fl. L. 68 3/4; 25 Fl. L. 21 3/4; Kass. 25 Fl. L. 20 1/8; Sard. 27 Br.; Kurhess. 27. Disc. 1 %. Launusb. 285; Nordb. 33 1/4; Verb. 71 1/4; Ludw. Kan. 45 Br.

Londoner Börse, 28. März. 3 pc. Cons. 91 3/8; Span. act. 16 1/2; 3 pc. 29 3/4; 2 1/2 pc. Holl. Int. 49; 4 pc. 78 1/2.

Pariser Börse, 29. März. 5 pc. 86. 30; 3 pc. 55; Bfact. 2340; Nordb. 452 1/2.

Wiener Börse, 29. März. Bfact. 1121; Met. 5 pc. 86; 4 pc. 68 3/4; 2 1/2 pc. 45; 500 Fl. L. 143 1/2; 250 Fl. L. 90; Nordb. 97 1/2; Slogg. 93; Mail. 65; Livorn. 61; Pesth. 64.

Berliner Börse, 31. März. Preuß. Fonds und Geldsorten: Freiwil. Anl. 5 pc. 101 1/2, Staatsfch. 3 1/2 pc. 79 1/2, Seehandl. Prämisch. 99, Pfandbr. westpr. 3 1/2 pc. 85 1/8, posen. 4 pc. 96 3/8 Br., neue 3 1/2 pc. 80 1/2 Br., ostpr. 3 1/2 pc. 90, pomm. 3 1/2 pc. 93 3/4, kur- und neum. 3 1/2 pc. 93, Bankanl. 4 pc. 88, Friedrichsd. 113 1/2, Louisd. 112 1/2, Disconto 4 Proc. — Eisenbahn-Actien. Soll eingezahlte: Berg-Märk. 4 pc. 54 1/2, Prior.-Act. 5 pc. 97 1/2 Br., Berl.-Anh. Litt. A. u. B. 73 3/4, Prior.-Act. 4 pc. 87 Br., Berl.-Hamb. 4 pc. 48, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 90 3/4 Br., 2. Emiss. 4 1/2 pc. 86 Br., Berl.-Potsd.-Magd. 4 pc. 53 1/2, Prior.-Act. 4 pc. A. u. B. 84, 5 pc. 94 Br., Berl.-Stett. 84 1/2, Prior.-Act. 5 pc. 103 Br., Bonn-Köln 5 pc. 102, Köln-Minden 4 pc. 75 1/2, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 93 Br., Kraf.-Dbersch. 4 pc. 37 1/2 Br., Prior.-Act. 4 pc. 70 Br., Düsseldorf-Elberf. 5 pc. 68 Br., Prior.-Act. 4 pc. 80 Br., Friedr.-Wilh.-Nordb. 4 pc. 33, Kiel-Altonaer 4 pc. 86, Magdeb.-Halb. 4 pc. 109 1/2, Magd.-Leipz. Prior.-Act. 4 pc. 96, Magd.-Wittenb. 4 pc. 35, Mecklenb. 4 pc. 32 Br., Niederschl. 4 pc. 71 3/4, Prior.-Act. 4 pc. 86 1/2, 5 pc. 98 1/2, Prior.-Serie III. 5 pc. 93 1/4, Dberschl. Litt. A. 3 1/2 pc. 91 Br., Litt. B. 3 1/2 pc. 91 Br., Pr. Wilh. (St.-B.) 4 pc. 34 Br., Rhein. 48 Br., Pr. St. 4 pc. 67 Br., Starg.-Pos. 4 pc. 70 1/2, Thür. 4 pc. 48 3/4, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 86 1/4. — Ausländische Fonds: Russ.-Engl. Anl. 5 pc. 104 1/2, 1. Anl. Hope 4 pc. —, 2. — 5. Anl. (Sieg.) 4 pc. 86, Poln. Schagobl. 4 pc. 70 3/4, Poln. Pfandbr. (alte) 4 pc. 91 1/4, (neue) 4 pc. 90 3/4, Part. à 500 Fl. 4 pc. 72 3/4, à 300 Fl. 97 1/4, Poln. Bank.-Cert. Litt. A. 300 Fl. 5 pc. 81 1/2, Bank.-Cert. zinsl. 13 1/2 Br., Hess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 26 3/4 Br., neue bad. Anl. à 35 Fl. 15. — Die Börse war auf die Nachricht, daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark wieder abgebrochen seien und die Feindseligkeiten am 3. April beginnen würden, in trauer Stimmung.

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Fahrplan der Leipziger Eisenbahnen.

Abf. nach	Dresden	6, 10, 12 1/2, 5 Uhr.	Personengold: I. Cl. 3 Thlr., II. Cl. 2 Thlr., III. Cl. 1 Thlr. 15 Ngr.
Ank. von	Dresden	9 1/4, 3, 4, 8 1/2 Uhr.	2 Thlr. 8 Ngr., III. Cl. 1 Thlr. 15 Ngr.
Abf. nach	Berlin (über Riesa)	6 1/2 U. Morg. u. 2 U. Nm.	I. Cl. 5 1/2 Thlr., II. Cl. 3 1/2 Thlr., III. Cl. 2 1/2 Thlr.
Ank. von	Berlin (über Riesa)	2 1/2 U. Nachm. u. 8 U. Ab.	5 Thlr., III. Cl. 2 1/2 Thlr.
Abf. nach	Oschatz	6, 6 1/2, 10, 12 1/2, 2, 5, 5 1/2 U.	I. Cl. 1 Thlr. 12 Ngr., II. Cl. 8 Ngr., III. Cl. 5 Ngr.
Ank. von	Oschatz	8 1/2, 9 1/2, 2 1/2, 3, 4, 8, 8 1/2 U.	1 Thlr. 2 Ngr., III. Cl. 21 Ngr.
Abf. nach	Riesa	6, 6 1/2, 10, 12 1/2, 2, 5 U.	I. Cl. 1 Thlr. 24 Ngr., II. Cl. 1 Thlr. 12 Ngr., III. Cl. 7 Ngr.
Ank. von	Riesa	8 1/2, 9 1/2, 2 1/2, 3, 4, 8, 8 1/2 U.	11 Ngr., III. Cl. 27 Ngr.
Abf. nach	Magdeburg	6, 7 1/2, 11 1/2, 5, 9 1/2 U.	I. Cl. 3 Thlr. 6 Ngr., II. Cl. 2 Thlr. 4 Ngr., III. Cl. 1 Thlr. 10 Ngr.
Ank. von	Magdeburg	6, 9 1/2, 12 1/2, 2 1/2, 8 1/2 U.	2 Thlr. 4 Ngr., III. Cl. 1 Thlr. 10 Ngr.
Abf. nach	Berlin (üb. Cöthen)	6 U. M., 11 1/2 U. Vm., 9 1/2 U. Ab.	I. Cl. 5 1/2 Thlr., II. Cl. 3 1/2 Thlr., III. Cl. 2 1/2 Thlr.
Ank. von	Berlin (üb. Cöthen)	6 1/2 U. M., 2 1/2 U. Nm., 8 1/2 U. Ab.	5 3/4 Thlr., III. Cl. 2 1/2 Thlr.
Abf. nach	Cöthen	6, 7 1/2, 11 1/2, 5, 9 1/2 U.	I. Cl. 1 Thlr. 26 Ngr., II. Cl. 1 Thlr. 14 Ngr., III. Cl. 10 Ngr.
Ank. von	Cöthen	6, 7 1/2, 9 1/2, 12 1/2, 2 1/2, 8 1/2 U.	7 Ngr., III. Cl. 22 1/2 Ngr.
Abf. nach	Hof	5 U. M. u. 12 U. Mittags	I. Cl. 3 Thlr. 29 Ngr., II. Cl. 3 Thlr. 10 Ngr., III. Cl. 2 Thlr. 16 Ngr.
Ank. von	Hof	2 1/2 U. Nm. u. 9 1/2 U. Ab.	III. Cl. 2 Thlr. 16 Ngr.
Abf. nach	Reichenbach	5, 7, 12, 5 1/2 U.	I. Cl. 2 Thlr. 4 Ngr., II. Cl. 1 Thlr. 8 Ngr., III. Cl. 1 Thlr. 8 Ngr.
Ank. von	Reichenbach	8 1/2, 2 1/2, 7 1/2, 9 1/2 U.	21 Ngr., III. Cl. 1 Thlr. 8 Ngr.

*) Ueber Magdeburg ohne Wagenwechsel. **) Im Anschlusse an eine Postfahrt nach Plauen

Die Russen kommen!

so truft seit einem Jahr

- 1) die Bourgeoisie, um die Demokraten zu zügeln,
- 2) die Demokratie, um den Haß gegen die Regierungen aufzustacheln,
- 3) der viel geängstigte Speculant jeden Ultimo.

Hätten die Russen kommen wollen, so gab es wol günstigere Zeiten als alle, die noch kommen können. Im Innern von Russland waren die Kernten schlecht, deshalb standen 1848 schon mehr Truppen in Polen als sonst. Die Ereignisse foderten deren Verstärkung, und so stehen außer den Garnisonen jetzt 241,000 Mann dort, wo sie den von drei Polen befehligten Armeecorps in Ungarn, wie einem Aufstande in Galizien nahe, auch von der ungarisch-türkischen Grenze nicht zu fern sind. Neben der dadurch garantirten Sicherheit erspart die Intendantur bei der Unterhaltung der Armee, der überwählten schlechten Kernte wegen. Dem eben so energischen als wohlunterrichteten Kaiser widersteht eine Eroberung, die nicht Russlands entschiedener Vortheil wäre. Es will nicht erobern! Daher werden sie nicht kommen, diese gefürchteten Gäste, außer gerufen, wie in Siebenbürgen, oder aus Rücksichten der Humanität, um blutiger Anarchie zu steuern, oder wenn die Maßregeln der Völker, Reichstage und Cabinet der eignen Existenz Gefahr oder Schmach drohen; und wer wollte in diesen drei Ursachen nicht den Einmarsch von einem Heere gerechtfertigt finden, welches in seiner Eigenthümlichkeit jetzt das erste in der Welt ist? Wer könnte Russland dann unedler Motive anklagen, wenn es Deutschland jene wahre gesetzliche Freiheit wiedergäbe, deren Verlust es so sehr büßt? Wo hat die Geschichte unter solchen Prämissen ein größeres Beispiel der Mäßigung geliefert? Seit lange kennt es genau die geheimen Gelüste, die Maßregeln, welche man dem Zufall oder der

Schwäche zuschreibt, die arglistigen Umtriebe gegen seine Macht, welche jetzt von der Revolution unterstützt werden; es kennt alle diese Perfidien, um sie im Gefühl seiner Kraft gebührend zu verachten, ja es erträgt sogar die Mißbilligung seiner absoluten Regierungsform von der ganzen deutschen Nationalversammlung, die so lange als Spott deutscher Vernunft und als Ironie der Staatswissenschaft existiren konnte; es gönnt den republikanischen Deutschen die Hoffnungen, welche sie auf die üblichen Quartal-Aufstände der Tscherkessen und Türken gründen. Russland rettete Deutschland 1813, wo es an seinen Wüsten und den dadurch vertheidigten Grenzen stehen bleiben konnte, aber es rettete Deutschland vor den französischen Armeen, die jetzt wieder sich mit der Republik zur Vernichtung des Rechts und des Besizes vereinigen könnten. Außer seiner materiellen Kraft und seinen Geldmitteln weiß es genau, wie ihm allein die Sympathien des Besizes angehören und zwar in alle den Ländern, deren Wohlstand durch die Revolution immer mehr der Vernichtung entgegengeht. Diese Ueberzeugung ist mehr als einige Armeecorps werth, sollten auch alle Schakale der Revolution dagegen schreien. Die Erinnerung an 1813 zeugt dafür, daß Handel und Gewerbe dann wieder auflebten, als die russischen Armeen Deutschland von den Franzosen befreit hatten. Was kann Tatsächliches dagegen angeführt werden? Deutschland ist der Schwäche, der Erbärmlichkeit phantastischer Gelüste der Mächtigen, des Egoismus der Habgierigen, der Clubregierung müde, es will Geseßlichkeit und Freiheit, wie diese allein sie gewährt. Es hat genug Facta, Beweise, Eingeständnisse, welche die Republik als Ziel, als Mittel den gänzlichen Ruin des Besizes, die republikanischen Blutgerichte, in Aussicht stellen. Mehr als jemals regiert der eigne Vortheil die Welt und alle Parteien; zwingt man daher keine derselben, dem Beispiel von Siebenbürgen zu folgen und die Russen als Retter zu rufen, sonst kommen sie nicht.

Sächsisch-Bayerische Staats-Eisenbahn.

Leipzig Zwickau und Hof.

Tägliche Abfahrtszeiten der Dampfzugzüge vom 1. April 1849 an.

Von Leipzig nach Zwickau und Hof.

Von Hof und Zwickau nach Leipzig.

Abfahrt von	Leipzig nach Zwickau und Hof.						Hof und Zwickau nach Leipzig.					
	I.		II.		III.		I.		II.		III.	
Güterzug mit Personbeförderung.	Uhr	Min.	Uhr	Min.	Uhr	Min.	Uhr	Min.	Uhr	Min.	Uhr	Min.
	Leipzig	5	—	12	—	5	—	7	—	6	—	1
Grünberg	5	30	12	30	5	30	7	45	6	30	1	15
Grünberg	6	—	1	—	6	—	8	—	7	—	2	—
Grünberg	6	30	1	30	6	30	8	15	7	30	2	45
Zwickau	6	45	1	45	6	45	9	30	8	45	2	15
Zwickau	7	15	2	15	7	15	10	15	9	—	3	—
Zwickau	7	30	2	30	7	30	10	30	9	30	3	30
Zwickau	8	—	3	—	8	—	11	—	10	—	4	—
Zwickau	8	15	3	15	8	15	11	15	10	15	4	15
Zwickau	12	—	7	—	12	—	—	—	12	—	7	—
Zwickau	12	30	7	30	12	30	—	—	12	30	7	30
Zwickau	1	—	8	—	1	—	—	—	1	—	8	—
Zwickau	1	30	8	30	1	30	—	—	1	30	8	30

Die angegebenen Abfahrtszeiten von den Zwischenstationen, sowie die Ankunftszeiten, sind die frühesten, welche eintreten können. Zur direkten Verbindung zwischen Zwickau und Grünberg dienen Güterzüge, welche täglich von Zwickau nach Zwickau früh 6 Uhr, Mittags 12 Uhr, Abends 7 Uhr 30 Minuten, und von Grünberg nach Zwickau früh 6 Uhr, Mittags 12 Uhr, Abends 7 Uhr 30 Minuten gehen und mit solchen in zweiter und dritter Wagenklasse, soweit die vorhandenen Plätze reichen, Personen befördert werden.

Bemerkungen. Güterzüge von Leipzig nach Hof und von Hof nach Leipzig laufen, werden in Leipzig nur zu den früh 5 Uhr und Mittags 12 Uhr davor abgehenden Zügen, in Hof nur zu den früh 6 Uhr und Mittags 12 Uhr davor abgehenden Zügen angesetzt.

Zu dem in Leipzig nachmittags 5 Uhr abgehenden Zuge, welcher in Grünberg, Hernsdorf, Köthen, bei Gültitz nur bis Grünberg, und zu dem in Hof Abends 7 Uhr 30 Minuten abgehenden Zuge, welcher in Grünberg, Hernsdorf, Köthen, bei Gültitz nur bis Grünberg abgeht, werden die Züge von Leipzig nach Grünberg und von Grünberg nach Leipzig durchgehende Güterzüge ein- und ausgeführt.

Leipzig, den 21. März 1848.

Königliche Direction der Sächsisch-Bayerischen Staats-Eisenbahn.